

# Protokoll

1

2=VAKAT

über die

## Verhandlungen des Parteitages

der

### Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

---

Abgehalten zu Erfurt

vom 14. bis 20. Oktober 1891.

---

Berlin 1891.

Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

(24. Glocke.)

E

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

# Programm

der

## Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Kohlenflöße, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensfreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

E

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlssystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesellschaftlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichen und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestands. Rechtspflege durch vom Volk gewählte Richter. Verurteilung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

E

flüchtig, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlicly der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Leichenbestattung.
10. **Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Befreiung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.**

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzesgesetzgebung auf folgender Grundlage:
  - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
  - b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
  - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
  - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
  - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

# Organisation

der

## Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

### Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

### Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitags ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitags durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

Insofern nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden:

2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftstätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Tätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

E

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

### Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassierer und 7 Kontrollleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzetteln.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Tätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassierer aus, so ist die Bilanz durch eine von den Kontrollleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

### Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt“ bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

E

### Abänderung der Organisation.

§ 18. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens  $\frac{1}{4}$  der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.



11

### Tagesordnung des Parteitages.

Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Donnerstag, den 15. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäfts-Bericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure durch G. Schulz.
3. a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichterstatter: G. Wollenbuhr.  
b) Die Taktik der Partei. Berichterstatter: A. Bebel.
4. Berathung des Programm-Entwurfs. Berichterstatter: W. Liebknecht.
5. Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.
6. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Ortes wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.



E

E

**Bureau des Parteitages:**

Vorfigende:

Kloß, Stuttgart. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Agster, Stuttgart.	Frohme, Altona.	Dertel, Nürnberg.
Blume, Hamburg.	Geyer, Leipzig.	Schmid, München.
Emmel, Frankf. a. M.	Hug, Bant.	Scholz, Berlin.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Bamberger, Berlin.	Kühn, Langenbielau.	Schulze, Königsberg.
Fischer, Berlin.	Pfannkuch, Kassel.	Urban, München.
Kaden, Dresden.	Reißhaus, Erfurt.	Willig, Hannover.

Neuer-Kommission:

Blume, Hamburg.	Hug, Bant.	Reißhaus, Erfurt.
Ehrhart, Ludwigsh.	Kühn, Langenbielau.	Storke, Bielefeld.
Emmel, Frankf. a. M.	Müller, Darmstadt.	Willig, Hannover.

Programm-Kommission:

Agster, Stuttgart.	Kautsky, Stuttgart.	Müller, Elberfeld.
Bebel, Berlin.	Kehler, Berlin.	Dertel, Nürnberg.
Goldstein, Dresden.	Landé, Elberfeld.	Schmidt, Zwickau.
Herbert, Stettin.	Tiebknecht, Berlin.	Schoenlant, Berlin.
Frau Jhrer, Berlin.	Dr. Lug, Magdeburg.	Schweer, Hamburg.
Jochen, Danzig.	Löwenstein, Nürnberg.	Tölcke, Dortmund.
Kandt, Kopenhagen.	Mollenbuhr, Hamb.	v. Vollmar, München.

E

**Vorlagen an den Parteitag.****Anträge.****Programm.****1. Entwurf des Partei-Vorstandes.**

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende geführt.

In den Händen ihrer Aneignung sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Stands, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeuter und Ausgebeutete, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassen Gegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitslosigkeit, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besizenden und Besizlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normal-

E

zustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion; eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe versteht die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der

E

Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volks im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportionalwahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstverwaltung des Volks im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtspredung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

E



Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:

- a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
- b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
- c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
- d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
- e) Verbot des Truchsystems.

2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.

3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

2. Entwurf der Redaktion der „Neuen Zeit“ in Stuttgart.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen beschloßenen Proletarier, indes die Produktionsmittel — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge — in steigendem Maße das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Zusammensaffung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die verfinckenden Mittelstände — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz,

des Glucks, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigenthumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Ver wandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Glucks und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesammten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt, ein Bestreben, dem die immer rapider e Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise wider den Willen der herrschenden Klassen die Wege bahnt.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, der gegenüber alle anderen Parteien, weil sie auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen, eine reaktionäre Masse bilden.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig theilhaftig sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats voll bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche

Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Entsprechend diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte gegen Einzelne, ausgenommen Unzurechnungsfähige.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die Religion ist Privatsache. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen und gleiche Unentgeltlichkeit in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler, die Kraft ihrer Fähigkeiten für Ausbildung in denselben bestimmt werden.
7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtssprechung durch vom Volk gewählte Richter. Entschädigung unschuldig Verurteilter und unschuldig Verhafteter.

8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Leichenbestattung.
9. Stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer für die Befreiung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
  - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
  - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
  - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
  - d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
  - e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

3. Entwurf der Genossen Albert Auerbach, Paul Kampfmeyer und Dr. F. Lur in Magdeburg.

Die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Rohstoffe, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Meibesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat geführt und führt noch zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende.

E

In den Händen ihrer Aneigner sind die Produktionsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Mit ihrer Hilfe machen sich die kapitalistischen Aneigner ganze Schichten von Kleinbauern und Kleinbürgern zins- und tributpflichtig.

Diese Bevölkerungsschichten, mit Hypotheken, Wechseln, Schulden überhäuft, verlieren mehr und mehr ihre Selbstständigkeit, schrumpfen zu bloßen Scheinbesitzern ihrer Produktionsmittel zusammen, und sind in Wahrheit nur Schul- und Frohnknechte des Kapitals. — So entsteht eine täglich wachsende Armee wirtschaftlich abhängiger Lohnarbeiter und Kleinproduzenten. Diese wirtschaftliche Abhängigkeit ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Glends, der geistigen Verkümmern, der politischen Abhängigkeit.

Die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichtums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Grundbesitzer — nimmt stetig zu; die Verteilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird immer ungleicher; die Zahl der Proletarier immer größer und ihre Lebenslage immer unsicherer. Immer mehr schwillt die Armee der überflüssigen Arbeiter an, immer schroffer wird der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitert sich, die allgemeine Unsicherheit wird zum Normalzustand der Gesellschaft.

Diesem Zustand kann nur die Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigentum ein Ende machen, ein Prozeß, für den die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen schafft.

Einmal erhält durch das Zusammenarbeiten von Hunderten und von Tausenden von Arbeitern die Arbeitsweise immer mehr sozialistisches Gepräge; weiter verdrängen die großen Unternehmungen immer mehr die kleinen Betriebe und führen so zu einer zentralistischen Vereinheitlichung der Produktion.

Die Großbetriebe beginnen sich zu großen Verbänden (Kartellen) zusammenzuschließen, und in ihrem Interesse die Produktion und den Verkauf der Produkte zu regeln. Ebenso untergräbt der Kapitalismus selbst seine sachlichen und persönlichen Grundlagen. Immer tiefer sinkt die Profitrate, der Zinsfuß herab, und hierdurch werden immer geringere Kreise von Kapitalisten für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus interessiert. Ferner schwindet stetig die persönliche Bedeutung des Kapitalisten als Leiter und Führer der Produktion. Die Leitungsarbeit übernehmen nach und nach kaufmännisch und wissenschaftlich gebildete Arbeiter (Direktoren, Ingenieure etc.) und der Kapitalist wird zum bloßen Profitanhänger; so vor allem in den modernen Aktiengesellschaften.

Zugleich mit diesen wirtschaftlichen Umwälzungen gestalten sich die geistigen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft um. Neue Verkehrs- und Lebensformen wachsen aus dem Boden der Gesellschaft heraus.

Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß, die Gemeinsamkeit der Befriedigung individueller Bedürfnisse in der Gesellschaft, der Zusammenschluß der Arbeiter in wirtschaftlichen und politischen Kämpfen erzeugen sozialistische Gefühle und Empfindungen.

Andererseits schwinden bei der Enteignung der großen Volksmassen die alten Eigentumsvorstellungen.

Die Arbeiter werden aller Produktionsmittel entböhrt, sie verfügen nur noch über die notwendigen Unterhaltungsmittel; der Eigentumsfian verliert so seine materielle Grundlage.

Selbst zwischen dem kapitalistischen Eigentümer und seinem Eigentum werden alle vertrauten Beziehungen zerrissen. Für den Kapitalisten stellt das Eigentum nur noch eine Kapitalmasse dar, die sich bald in Grundstücke, bald in Wertpapiere und Hypotheken verwandelt.

Die anzustrebende Produktion durch und für die Gesellschaft wird jedoch keineswegs durch den sogenannten Staatssozialismus, das System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, erfüllt, weil dieses System den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt, und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Verwandlung der kapitalistischen Produktion in die gesellschaftliche, und damit die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen, und trotz der Interessensfreitigkeiten unter sich, doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse kann daher nur ein Klassenkampf sein, und muß durch gewerkschaftliche und politische Organisation geführt werden. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnothwendiges Ziel, die Vergesellschaftlichung der Produktion zu zeigen: das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassen-

E

E

bewußten Arbeitern aller übrigen Länder, und ist entschlossen, alle ihr hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe vertritt die Sozialdemokratie als die Vertreterin nicht bloß der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen z., welche die Lage dieser ausgebeuteten Volksklassen verbessern und sie zugleich ihrer endgiltigen Befreiung aus den Banden ökonomischer und politischer Knechtschaft näher führen. Dieses Ziel können aber die proletarischen Gesellschaftsklassen nur durch die Eroberung der politischen Macht erreichen. Zu diesem Zweck muß die Sozialdemokratie die Beseitigung aller politischen Schranken anstreben, welche geeignet sind, das Proletariat in seinem Befreiungskampfe zu hindern, muß sie auf die planmäßige Demokratisierung der ganzen Gesellschaft hinwirken. Daher fordert sie:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einjährige Legislaturperioden. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungs-Rechts. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung. Recht der Steuerverweigerung.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche der freien Meinungsäußerung und dem vollen Recht der Vereinigung und Versammlung entgegenstehen.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in allgemeine privatrechtlicher Beziehung dem Mann unterordnen.
5. Abschaffung der stehenden Heere. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
6. Beseitigung des bevormundenden Einflusses der Kirche, daher
  - a) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.
  - b) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

E

7. Die Demokratisierung der Rechtspflege
  - a) durch vom Volk selbst geübte Rechtspflege und die Wahl der Richter durch das Volk;
  - b) durch die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. (Entschädigung der ungeschuldig Verurtheilten und Verhafteten.)
8. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche nur den Interessen einer bevorzugten Minderheit dienen.

Um aber die Arbeiterklasse in diesem ihrem Befreiungskampfe körperlich und geistig zu stärken, und um ihr ferner den nöthigen Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte zu geben, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
    - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags;
    - b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
    - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
    - d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
    - e) Verbot des Truchhijmens.
  2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
  3. Gleichstellung der kaufmännischen, landwirthschaftlichen Arbeiter und Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern;
  4. Sicherstellung des Koalitionsrechts;
  5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit voller Selbstverwaltung aller dieser Anstalten durch die Arbeiter.
4. Entwurf des Genossen J. Stern in Stuttgart.

Die sozialen Uebel der Gegenwart, von welchen am schwersten die proletarischen Lohnarbeiter betroffen werden und neben ihnen der städtische und ländliche Mittelstand, Kleinhandwerker, Klein-

E

geschäftsleute, Kleinbauern, haben ihre Ursache in der individualistischen Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel) Monopol der Kapitalistenklasse sind.

Seit dem Auftreten der Dampfmaschine als Produktionsmittel ist die individualistische Gesellschaftsordnung für die unteren Gesellschaftsschichten zur Quelle größten sozialen Elends geworden, aber auch in den oberen Gesellschaftskreisen wirkt sie verderbend und zerstörend in materieller wie idealer Hinsicht. Große Proletariatsmassen sind beschäftigungslos geworden (industrielle Reservearmee), und die Zahl der Beschäftigungs- und Existenzlosen schwillt immer mehr an. Hand in Hand damit wurde die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse immer größer und wurden die Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit etc.) für die Arbeiter immer schlechter. Das Kleinhandwerk wird von der Fabrik, der Kleingeschäftsmann vom Großhandel, der Kleinbauer vom Großgrundbesitz und vom Produktenhandel erdrückt und ruiniert.

In der Kapitalistenklasse selbst wüthet der Konkurrenzkampf immer heftiger, mit der Wirkung, daß die Kleineren von den Größeren und diese wiederum von den Industriekartellen und Handelsringen ruiniert und aufgesaugt werden. Riesenreichthümer sammeln sich in den Händen Weniger an, während die Anderen immer mehr in Bedrängniß kommen und proletarisirt werden. Schwere, immer länger andauernde Krisen, verhängnißvoll für Kapitalisten wie für Arbeiter, erschüttern die allgemeine Wohlfahrt und machen allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft.

Das ganze Erwerbsleben hat sich zum unheimlichen, wilden Kampf Aller gegen Alle gestaltet, welchem viele Tausende zum Opfer fallen und durch welchen die ideale Kultur schwer geschädigt wird.

Die Maschinenproduktion hat aber andererseits durch größere Ausbeute der Natur und bessere Verwerthung der Naturprodukte den Arbeitsertrag oder den gesellschaftlichen Reichthum derart gesteigert, resp. kann derselbe durch sie derart gesteigert werden, daß Niemand zu barben braucht, sondern alle Gesellschaftsglieder durch mäßige Arbeit ein genügendes Auskommen haben und der mannigfaltigen Güter der Kultur theilhaftig sein könnten.

Die Befreiung der Arbeiterklasse und der Gesellschaft überhaupt von den sozialen Uebeln erfordert daher die Verwandlung der individualistischen, der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechend Gesellschaftsordnung in die sozialistische, d. h. Uebergang sämtlicher Arbeitsmittel (s. o.) aus dem Besitz Einzelner in Gemeineigenthum der Gesellschaft und planmäßige Regelung der gesamten Produktion durch die Gesellschaft für sämtliche Gesellschaftsglieder.

E

Durch diese Zentralisation der Produktion, für welche der Kapitalismus selbst die Uebergangsform bildet, wird nicht etwa eine neue Klassenherrschaft begründet, sondern es werden die Klassenunterschiede und Klassenprivilegien überhaupt aufgehoben. Durch sie wird die weitgehendste politische Freiheit und soziale Gleichheit, gleiche Rechte und gleiche Pflichten, unter voller Berücksichtigung individueller Verschiedenheiten verwirklicht. Und indem sie die materielle Wohlfahrt der Gesellschaft außerordentlich steigert, ist sie zugleich von höchst wohlthätigem Einfluß auf sämtliche Zweige der Kultur.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nur durch die zur selbstständigen politischen Partei organisirten Arbeitermassen, d. h. durch die Sozialdemokratie, auf dem Wege des politischen Klassenkampfes verwirklicht werden.

Im Gegensatz zu sämtlichen anderen Parteien, welche trotz der Interessenfreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Gesellschaftsordnung zum gemeinsamen Ziel haben, erstrebt demgemäß die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus.

Die Interessen der Arbeiterklasse und die sozialen Uebel überhaupt sind in allen Ländern die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt verketten sich die sozialen Gesetze der Völker immer enger und werden immer abhängiger von einander. Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Menschen, speziell Arbeiter aller Länder gleichmäßig betheilig sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Neben dem demokratischen Sozialismus und zugleich um diesem ihrem Endziel immer näher zu kommen, erstrebt die Sozialdemokratische Partei politische und soziale Freiheit und Gerechtigkeit innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie tritt daher für nachstehende Forderungen ein:  
(Folgt der praktische Theil wie im Entwurf des Parteivorstands.)

Anträge zum ersten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Es beantragen:

Die Genossen in Liegnitz,

vor den Anfang: „Die Trennung der Arbeiter etc.“, zu setzen:

„Die durch Raub, Volksbetrug und Usurpation entstandenen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Anrechts- und Besitzverhältnissen der zivilisirten Nationen haben relativ und absolut mehr und

E

mehr eine solche Größe erreicht, daß diese Verhältnisse im vollkommenen Widerspruch mit den Rechtsanschauungen der Völker und mit der Höhe der Kultur stehen, welche die menschliche Entwicklung bis jetzt gezeitigt hat. Insbesondere hinsichtlich der Produktion hat die Trennung der Arbeitenden von“ zc. nach dem Entwurf, wobei das Wort „hat“ hinter „Gesellschaftsgliedern“ zu streichen ist.

Die Parteigenossen in Stettin:

In Absatz 1, zweite Zeile, hinter „Werkzeuge“ noch das Wort „Rohstoffe“ einzuschalten.

Walter May und Hermann Trilse in Leipzig:

In Absatz 2 neben der geistigen auch die körperliche Verkümmerng zu erwähnen.

Hermann Trilse:

In Absatz 3 in der zweiten Zeile statt „Kapitalist“ „Großkapitalist“ zu sagen.

In Absatz 4 die zwei letzten Zeilen zu streichen, resp. zu setzen: — — — „daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel keine Fähigkeit zur wirtschaftlichen und politischen Führung besitzt, noch je besessen hat.“

Dr. Benedikt Friedländer in Berlin:

Die Absätze 4—6 zu fassen wie folgt:

„Das stetige Anwachsen des auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden arbeitslosen Renten-Einkommens der besitzenden Klasse bedeutet ökonomisch steigende Armut und zunehmende Konsumunfähigkeit der Massen und erzeugt so den immer ärger werdenden Zustand der Absatzstocung und wirtschaftlichen Krise. Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unträgtlicher wird, und der Vernunft sowohl, wie der Gerechtigkeit Hohn spricht, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen, und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie.“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt daher mit allen dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln die Abschaffung des arbeitslosen Renteneinkommens (d. h. des Zinses, der Grundrente und des Unternehmerprofits), was nur durch Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigentum der Gesellschaft und durch Umwandlung der privatkapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion geschehen kann.“

Die Parteigenossen des IV. Reichstags-Wahlkreises in Berlin:

In Absatz 6 erste Zeile hinter „demgemäß“ einzuschalten: „mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volks entsprechenden Mitteln die Umwandlung u. s. w.“

E

Die Parteigenossen in Liegnitz:

In Absatz 6 in der vierten Zeile hinter „in sozialistische Produktion“ anzufügen: „und zwar stellt sie in dieser Beziehung folgende Forderungen:

a) Beseitigung aller Freiheit des Handels mit Grund und Boden; Oberbestimmung der Gesamtheit über den gesamten Landbesitz mit immobiltem Zubehör,

b) Aufhebung alles Zinswesens und aller Rechte auf kapitalistische Ausbeutung der städtischen und ländlichen Arbeit mittelst Umwandlung aller städtischen wie ländlichen Arbeits- und Verkehrsbetriebe in Genossenschaften mit demokratischer Organisation,

c) Regelung und Organisation der gesamten Arbeits-, Erwerbs-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten durch Gesetze und Ueberführung aller wichtigen Arbeits- und Verkehrswege und des gesamten Vertriebs- und Vertheilungswesens in unmittelbare, gesamtgesellschaftliche (staatliche, kommunale), demokratisch organisierte Verwaltung,

d) Aufhebung aller privatunternehmerischen und individuellen Rechte auf Bestimmung der Verkaufspreise,

e) Beseitigung aller naturwidrigen Ungleichheiten der Besoldung und Lohnung, der Honorare, Gehälter, oder wie immer der dem Einzelnen zufließende Antheil am Gesamteinkommen der Gesellschaft heißen mag,

f) Aufhebung aller Vorrechte der Geburt, des Mehrbesizes, des Amtes oder Berufs und der Konfession in Angelegenheiten der Lohnung und der Arbeitszeit.“

Die Worte des Entwurfs: „eine Umwandlung zc.“ bis „verwirklicht wird“ sind zu streichen.

Der II. pälzische Parteitag, abgehalten im Juli d. J. in Speyer:

Den Absatz 7 zu streichen.

v. Vollmar in Sondershausen:

Dem Absatz 7 folgende Fassung zu geben: „Die wirtschaftliche Befreiung ist untrennbar von der politischen Freiheit.“

Im Absätze 8 die drei letzten Zeilen zu streichen.

Hermann Trilse in Leipzig:

Im 8. Absatz zu sagen: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse sein“ u. s. w.

Walter May in Leipzig:

Dem Absatz 8 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle anderen Klassen und

E

Parteien nur eine reaktionäre Masse sind, indem sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen“ etc.

v. Vollmar:

Dem Absatz 9 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist eine soziale Aufgabe, an welcher die Arbeiter aller Länder mit kapitalistischer Produktionsweise beteiligt sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich des dadurch bedingten internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen.“

Walter May:

Im Absatz 10 in der zweiten Zeile an Stelle des Worts „und“ hinter dem Komma zu setzen „also“.

Hermann Trilke:

Im Absatz 10 in der ersten Zeile das Wort „nein“ zu streichen.

Die Regnierer Genossen:

Den 11. Absatz zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Zum Zweck der Ueberführung der gegenwärtig bestehenden Produktions- und Rechtsverhältnisse in die einer sozialdemokratischen Gesellschaftsorganisation tritt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenwärtig für folgende Forderungen ein.“

Anträge zum zweiten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Hugo Vande in Elberfeld beantragt:

Der Parteitag wolle der zweiten Hälfte des Parteiprogramms folgende Fassung geben:

„II. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert deshalb:

1. Sozialisirung der vorhandenen Großbetriebe (in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe) Expropriation der Eigenthümer beziehungsweise Unterdrückung der Staatsschuld.
2. Expropriation des städtischen Grundeigenthums.
3. Wahl sämmtlicher Beamten durch das Volk und auf Zeit.
4. Auflösung des stehenden Heeres; Bewaffnung aller Waffenfähigen, Formirung derselben nach kommunalen Verbänden unter selbstgewählten Führern.
5. Einheitschule mit theoretischem und praktischem gewerblichen Unterricht.
6. Erhaltung aller Arbeitsunfähigen (Invalide, Kranke, Greise, Kinder, Schwangere) durch die Gesellschaft.

E

III. Im Interesse der friedlichen Entwicklung fordert die Sozialdemokratische Partei die Milderung der herrschenden politischen und wirtschaftlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse durch sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahl- und Stimmrecht in Reich, Staat und Gemeinde. Proportional-Wahlssystem. Die Wahltag sind Feiertage. Entschädigung der Gewählten.
2. Wie 3 des Entwurfs. Einjähriger Militärdienst. Desentlichkeit des Militär-Strafverfahrens. Verweisung aller nicht militärischer Vergehen sowie der Dienstvergehen gegen Untergebene vor Zivilgerichte.
3. Wie 5 des Entwurfs.
4. Wie 4 des Entwurfs.
5. Verurteilung in allen Strassachen. Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und Verhafteten. Verweisung der politischen und Preßprozesse vor Geschworne. Bildung der Liste der Geschwornen durch öffentliche Wahl. Entschädigung der Gewählten.
6. Obligatorischer Besuch der Volksschule. Vermehrung der Zahl der Lehrer. Verbesserung ihrer Vorbildung und Erhöhung der Gehälter. Obligatorischer Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahr.
7. Wie 10 des Entwurfs.
8. Die Schutzforderungen des Entwurfs, darunter:

Zu 5. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Zeit der Arbeitslosigkeit und auf die Familienglieder der Arbeiter;

ferner 6. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachteile.“

Zu Ziffer 1 beantragen:

v. Vollmar: „Allgemeines, gleiches, unmittelbares Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller mündigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Einführung der Proportional-Vertretung. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.“

Parteigenosse P. in Berlin: Für Einführung des Proportional-Wahlsystems zu setzen: „Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jede abgegebene Stimme Geltung haben soll, — des Proportional-Wahlsystems.“

Heinz Vogel in Dresden folgenden Zusatz: „Des aktiven

E

und passiven Wahlrechts gehen nur wegen gemeiner Verbrechen in Untersuchungs- oder in Strafhaft befindliche Personen verlustig."

Die Parteigenossen in Melefeld und Augsburg: „die Aufnahme der Forderung zweijähriger Legislaturperioden“.

Die Parteigenossen in Jetz die Forderung „einjähriger Wahlen.“

Die Parteigenossen in Altona und Rant in Rostock: „Proklamirung des Wahltags zu einem Feiertag“.

Die Genossen in Bromberg: „Alle Wahlen sollen am Sonntag stattfinden.“

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen in Köln und Bernau: „Beibehaltung der bisherigen Programmforderung in Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk.“

Die Genossen Stadthagen, Berlin, H. Vogel, Dresden und Rant, Rostock: „die Wahl aller Beamten durch das Volk und die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für von ihnen begangene Handlungen und Unterlassungen.“

Zu Ziffer 3 beantragen:

Die Genossen in Bernau, Jerlohn, des III. Hamburger Wahlkreises, sowie Hermann Trilse, Arthur Stadthagen und Rant: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk und die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für von ihnen begangene Handlungen und Unterlassungen.“

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der II. pfälzische Parteitag: „Abschaffung des stehenden Heeres. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit.“ Streichung der Ziffer 7.

v. Vollmar: Die Worte „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts“ zu ersetzen durch: „Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.“

Zu Ziffer 4 beantragt:

Hermann Trilse den Zusatz: „Abschaffung aller der Humanität widersprechenden Strafanwendungen.“

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen in Stuttgart Streichung der Ziffer 5.

v. Vollmar: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken. Die religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu behandeln, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.“

Die Genossen in Bromberg und Lütlingen Beibehaltung des alten Programmsatzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache.“

Zu Ziffer 6 beantragen:

Die Parteigenossen in Köln: „Unentgeltlicher wissenschaftlicher Unterricht in den Volksschulen und allen Bildungsanstalten. Un-

entgeltlichkeit der Lehrmittel; Unabhängigkeit der Lehrer. Ausschluß der religiösen Lehren und Übungen.“

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der Klub „Süd-Ost“ in Berlin: „Weltliche Erziehung der Jugend durch Staat und Kommune. — Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.“

Die Genossen in Jerlohn: Statt „Weltlichkeit der Schule zu setzen: „Abschaffung der Religion aus allen öffentlichen Schulen.“

v. Vollmar: „Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Schulpflicht für Volks- und Fortbildungsschule bis zum 14. bezw. 18. Jahr. Unterhalt bedürftiger Kinder aus öffentlichen Mitteln.“

H. Vogel: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der einheitlichen öffentlichen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an diesen und an allen höheren Bildungsanstalten.“

Louis Stöckel, Fabrikweber, Rehtskau: „Vollständige (leibliche und geistige) Erziehung auf Kosten der Gesamtheit in einer Schule, die zu besuchen alle eine bestimmte Zeit verpflichtet, sowie auf Grund ihrer Fähigkeiten ohne Unterschied des Geschlechts, bis zu den höchsten Klassen berechtigt sind. Lehrweise und Lehrstoff der Schule sind stets mit den jeweiligen Ergebnissen der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Die Zugänglichmachung aller Unterrichtsanstalten Allen.“

Zu Ziffer 8 beantragen:

Die Genossen in Jetz folgende Fassung des zweiten Satzes: „Rechtspredung durch vom Volk gewählte und vom Volk absetzbare Richter —, Entschädigung unschuldig Inhaftirter, Verurtheilter und Angeklagter —, Haftbarmachung der Beamten für die durch ihre Schuld entstandenen Fälle.“

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Entschädigung für unschuldig Inhaftirte und Verurtheilte. Oeffentliches Verfahren bei den Militärgerichten.“

Die Genossen in Altona, Bromberg, Stuttgart, Weissenfels, Weimar und des I. Hamburger Wahlkreises, sowie Rant, Rostock den Zusatz: „Unschuldig Verurtheilte und in Untersuchungshaft gezogene Personen sind vom Staat zu entschädigen.“

Die Genossen in Chemnitz den Zusatz: „Volle Verantwortlichkeit aller öffentlichen Behörden und Richter, sowie volle Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter.“

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Aufhebung des Anwaltszwangs und Entschädigung für unschuldig Angeklagte, Verhaftete oder Verurtheilte.“

Heinrich Vogel den Zusatz: „Strenge Durchführung der Rechtsgleichheit für alle Klassen von Staatsbürgern.“



v. Vollmar den Zusatz: „Haftbarkeit der Beamten für die Gefährlichkeit ihrer Handlungen und für schuldbare Irrthümer. Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.“

Zu Ziffer 9 beantragen:

v. Vollmar: „Gesetzliche Sicherung einer auskömmlichen Armenpflege und Ueberweisung derselben an größere Landesverbände. Abschaffung der an die Armenunterstützung geknüpften Entziehung politischer Rechte.“

Heinrich Vogel: „Unentgeltliche Versorgung der ärztlichen Hilfeleistungen, der Heilmittel und, wenn nöthig, auch der Ernährungsmittel durch das Reich.“ — „Dauernde Ueberwachung der Wohnungen seitens angestellter Aerzte, sowohl in Bezug auf ihren gesundheitlichen Zustand, wie auf die Zahl ihrer Bewohner.“

Zu Ziffer 10 beantragen:

v. Vollmar: „Eine einzige stufenweise steigende Einkommensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche den Interessen einer bevorzugten Minderheit zu dienen bestimmt sind. Ausgiebige Besteuerung der Erbschaften, welche im Maße abnehmender Verwandtschaft zu steigen hat.“

U. Stadthagen: Statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftsteuer“ zu setzen: „stufenweis unter Berücksichtigung der Art des Erwerbs steigende Einkommensteuer.“

Die Genossen in Stuttgart beantragen, im zweiten Theil des Programms die Forderung aufzunehmen: „Der Staat hat, ohne Beeinträchtigung der politischen Rechte, allen Nothleidenden aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren.“

Genosse P. in Berlin beantragt Aufnahme der Forderung: „Einführung des Zonentarifs für Eisenbahnfahrten nach der sozialen Idee der Entdecke.“

### Anträge zum dritten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Zu 1a beantragen:

v. Vollmar: „Festsetzung eines den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich verändernden Normal-Arbeitstags.“

Die Genossen in Bernau und des III. Hamburger Wahlkreises: „Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normal-Arbeitstag.“

Der zweite Pfälzische Parteitag: „Festsetzung eines achtstündigen Normal-Arbeitstags.“

G. Wendt in Benzlin: „Einführung eines Normal-Arbeits-

E

tags, dessen Dauer die Gesundheit der Arbeiter in keiner Weise schädigt und die Produktion mit den Bedürfnissen der Bevölkerung so viel als möglich in Einklang bringt. Eine tägliche Arbeitszeit von höchstens acht Stunden erscheint zur Zeit in den meisten Geschäftsbranchen für vollkommen ausreichend.“

Zu 1b beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises: „Verbot der gewerblichen und ländlichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren.“  
Die Genossen des I. und II. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „und aller der weiblichen Konstitution unzuträglichen Frauenarbeit.“

Germann Trilse: „Verbot aller den Organismus schädigenden Kinderarbeit unter 14 Jahren.“ — Ferner Aufnahme eines Passus, in welchem die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann klar und bestimmt ausgedrückt wird.

Der Klub „Süd-Ost“ und Arthur Stadthagen in Berlin: „Für Kinder von 14—18 Jahren darf die Arbeitszeit höchstens 6 Stunden betragen.“

Zu 1d beantragen:

Die Genossen in Zerlöh: „die Ruhepausen auf 40 Stunden festzusetzen.“

P. in Berlin: „Statt „für jeden Arbeiter“ zu sagen: „für jeden für Lohn, Gehalt oder Kost Arbeitenden.“

Zu 1e beantragt:

v. Vollmar: „Auszahlung des vollen Lohns in Baar und in festzustellenden kürzesten Fristen.“

P. in Berlin beantragt weiter aufzunehmen: „f) Regelung der Lehrlingsfrage, namentlich der Kaufleute, um der gewerbmäßig gewordenen Ausnutzung von Lehrkräften vorzubeugen.“

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen des I. Hamburger Wahlkreises hinter Arbeitskammer hinzuzufügen: „welche aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen.“

Der Klub „Süd-Ost“ in Berlin: in der ersten Zeile hinter „Arbeitsverhältnisse“ zu setzen: „insbesondere Hausindustrie.“

Zu Ziffer 3 beantragen:

v. Vollmar: „Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Diensthöten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.“

Der Klub „Süd-Ost“ in Berlin den Zusatz: „Gleicher Lohn der männlichen und weiblichen Arbeiter, wenn sie gleiche Arbeit verrichten.“

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit.“

Zum dritten Theile beantragte weiter:  
Richard Bizinsky, Leipzig: Es soll ausgesprochen werden,

8 E

daß alle Sonderbestimmungen für Handlungsgehilfen im gewerblichen Leben mit aufgehoben werden.

U. Stadthagen beantragt: „Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters die Aufhebung aller Bestimmungen, welche für den Fall der Nichtannahmehaltung des Arbeitsvertrags seitens dessen, der seine Arbeitskraft verdingt hat, Nachteile für den Arbeiter festsetzen.“

Die Genossen in Bielefeld beantragen Aufnahme folgender Forderungen: „Regelung der Gesangsarbeit in der Weise, daß in denselben nur für den eigenen Bedarf gearbeitet wird.“

Die Genossen in Weimar: „Verbot der die freien Arbeiter schädigenden industriellen Zuchthaus- und Gefangenearbeit.“

### Anträge zur Organisation.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung.“

Die Genossen in Köln beantragen, das Prinzip der direkten Gefügeung in die Partei-Organisation einzufügen.

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Abs. 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitag auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreis nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5—10 000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahlergebnis der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

### Presse.

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: „Zur Gründung jedes neuen Parteiorgans ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben.“

Die Genossen in Dortmund, Südenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteiessichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zweck der Massenverbreitung als Agitationschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.“

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen: „Um dem Einwand zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ, um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interesselosen Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und

Verleinsannonzen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts“ zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstands, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen.“

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlgeschäften, Reihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interesse hierdurch geschädigt werden, bei der Presskommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben.“

Koppe in Rixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts“ pro Quartal auf 3 Mark festzusetzen; b) die Versammlungs-Anzeigen für Arbeiter-Versammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen.“

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts“ (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Januar 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren.“

Die Genossen in Dortmund: „a) Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblatts ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen. b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organen und eins zum Einreihen in die Bibliothek der Redaktion. c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblatts seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigentum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblatts an die Parteileitung zurückzuliefern ist.“

Die Genossen in Breslau und Dortmund: „Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongreß beschließen, den beschäftigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.“

E

8° E

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin: „Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um sachliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis verteilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen.“

G. Semmler in Lunzenau: „Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Begleiter“ herauszugeben.“

### Agitation.

Die Genossen in Karlsruhe beantragen: „Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstags-Fraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland.“

Die Genossen in Bromberg: „a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt. b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist.“

### Parlamentarische Thätigkeit.

Der II. Pfläzische Parteitag beantragt: „Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstag die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.“

Der Klub „Süd-Ost“, Berlin: „a) Die Sprache des Programms mehr gemeinverständlich und weniger kathedermäßig zu gestalten. b) Um die Genossen vor Mißbrauch des Mandats zu schützen, den Abgeordneten ein gebundenes Mandat zu erteilen. c) Ueberall danach hinzutreten, daß den Beschlüssen der Parlamente resp. der Landtags- und Gemeinde-Vertretungen auch volle Geltung verschafft werde und so das wirkliche parlamentarische Recht zur Geltung kommt.“

Dreweß in Ottenfen: „Der Kongreß wolle die Reichstags-Abgeordneten ersuchen, bei erster Gelegenheit im Reichstag die Erbauung von Asylen für Obdachlose in jeder größeren Stadt zu beantragen.“

Die Genossen in Rendsburg: „Die Reichstags-Abgeordneten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte.“

## Bericht des Partei-Vorstandes.

Nachdem der Parteitag in Halle eine neue Organisation für die sozialdemokratische Partei geschaffen und mit Durchführung derselben uns beauftragt hatte, sind wir sofort nach Schluß des Parteitags an die Ausführung der uns gewordenen Aufgabe herangetreten.

Der Parteitag in Halle wurde am 18. Oktober geschlossen und bereits am 21. Oktober fand die Konstituierung des Parteivorstandes statt. Am demselben Tage wandten wir uns an die Parteigenossen im Reiche mit der Aufforderung, zur Wahl von Vertrauensmännern für die einzelnen Orte und Kreise zusammenzutreten. Zugleich wurde die Drucklegung des Organisationsstatuts und des Programms in großen Auflagen angeordnet und durch Versendung derselben die Genossen in die Lage versetzt, sich mit den einzelnen Bestimmungen desselben vertraut zu machen.

Die Wahl und Anneldung der Vertrauensmänner ging prompt vor sich und zeigte die Partei auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß trotz der Hindernisse und Schwierigkeiten, welche das Sozialistengesetz im Gefolge hatte, und obgleich durch dasselbe alle formalen Verbindungen durchschnitten und eine zentralisirte Organisation unmöglich gemacht war, nach Beseitigung des Ausnahmegesetzes der Geist der Disziplin und Zusammengehörigkeit noch in alter Stärke in der Partei walte. Wenn ein Unterschied gegen früher sich zeigte, so war es nur der, daß aus hunderten von Orten, in welchen wir vor Erlaß des Ausnahmegesetzes im Jahre 1878 keine Verbindungen hatten, sich jetzt bereits in den ersten Wochen nach unserer Aufforderung die gewählten Vertrauensmänner meldeten.

Um die Vertrauensmänner und übrigen Parteigenossen mit dem Geiste der neuen Organisation vertraut zu machen und sie vor den Unannehmlichkeiten, welche Nichtkenntniß oder Nichtbeachtung vereinsgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Staaten für den einzelnen Genossen sowohl wie für die Gesamtpartei im Gefolge haben könnten, zu bewahren, wurde seitens des Parteivorstandes eine Instruktion für die Vertrauensmänner ausgearbeitet, welche

als „Zirkular 1“ zur Versendung gelangte. Die in diesem Zirkular gegebenen Rathschläge fanden allgemeine Beachtung. Aufgabe der Vertrauensmänner ist es, sowohl Mittheilungen der Parteileitung entgegenzunehmen, als ihrerseits die letztere von dem Gange und Stand der Bewegung in den einzelnen Orten oder Kreisen zu unterrichten, die Agitation, soweit sie von der Zentralleitung aus betrieben wird, zu organisiren und besonders auch dafür zu sorgen, daß der Parteileitung die zu den Zwecken der Agitation und Unterstützung von den Parteigenossen gesammelten nothwendigen Mittel zugehen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat sich das System der Vertrauensmänner, wie es unsere Organisation vorsieht, in vollem Umfange bewährt.

Für die lokale Organisation haben die Genossen fast allerwärts die Form von Arbeiterwahlvereinen gewählt.

Eine früher in dem Umfange nicht gekannte Erscheinung sind die zahlreichen Provinzial- und Landesparteitage oder Konferenzen, welche unsere Genossen im Laufe des letzten Jahres abgehalten haben. In fast allen Provinzen und Einzelländern des Reichs haben solche Parteitage resp. Konferenzen stattgefunden und ausnahmslos waren dieselben sehr gut von den Genossen des betreffenden Landstrichs besucht. Die Verhandlungen dieser Provinzialtage erstreckten sich naturgemäß in erster Linie auf das Gebiet der Agitation, zu deren Leitung und Förderung entweder Landeskomitees eingesetzt oder die Genossen bestimmter größerer Orte damit betraut wurden.

Die Thatsache, daß solche Provinzialtage so zahlreich und überall stattfanden, erklärt sich wohl aus dem Umstande, daß angesichts des Wachstums der Partei und der ihr folgedessen gestellten größeren Aufgaben der alle Jahre stattfindende allgemeine Parteitag wohl für die Bestimmung der allgemeinen Richtschnur, nach welcher die Partei marschirt, ausreicht, daß aber zur Verständigung der Genossen über die Art und Weise der Durchführung der Parteiaktionen in den einzelnen Landestheilen ein Nähertreten der Provinzgenossen nothwendig ist. Besonders der Umstand, daß unsere Partei, entsprechend der Zunahme ihres Einflusses auf die öffentlichen Angelegenheiten der einzelnen Länder wie der größeren Gemeinwesen, sich immer mehr an den Wahlen zu den Einzellandtagen wie auch an den Gemeindefolgen betheiligte, hat die Nothwendigkeit der Landes- und Provinzialtage im Gefolge gehabt. So selbstverständlich es ist, daß in allen Fragen prinzipieller und taktischer Natur dem allgemeinen Parteitag die für die Partei maßgebende Entscheidung vorbehalten bleiben muß, so richtig ist es auch, daß die Parteidämpfe entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Länder und unter Berücksichtigung des in denselben geltenden Rechtes durchgeführt werden müssen.

E

Zwar hat der Parteitag in Halle wie auch alle seine Vorgänger sich für die Theilnahme an den Wahlen, sowohl des Reichs als auch der Landtage und der Gemeindevertretungen ausgesprochen. Aber die deutschen Einzelstaaten weisen eine wahre Musterkarte von Wahlssystemen auf und deshalb muß die Entscheidung darüber, ob unsere Genossen in einen Kampf, sei es um Sitze in der Landesvertretung oder im Gemeindefolgen, eintreten wollen, ihnen selbst überlassen bleiben. Diese Entscheidungen zu treffen und zugleich dafür zu sorgen, daß ein gemeinsames, planmäßiges Vorgehen stattfindet, die Beschaffung der Mittel und die Regelung der Agitation dafür, das ist eine Aufgabe, welche nur durch Provinzial- oder Landesparteitage vollständig gelöst werden kann.

Diesen Aufgaben sind diese Zusammenkünfte bisher auch in weitem Maße gerecht geworden und ist dadurch ein wesentliches und wichtiges Glied in den Rahmen unserer Organisation eingegliedert worden.

Was die Bestimmungen unserer Organisation betrifft, so spricht sich für die Zweckmäßigkeit derselben wohl am besten der Umstand, daß während des letzten Jahres fast keine Klagen über Mängel der Organisation aus den Reihen der Partei laut wurden, wie auch kein einziger, am Prinzip der Organisation rüttelnder Vorschlag sich unter den diesjährigen Anträgen an den Parteitag befindet. Dabei war der Verkehr zwischen dem Parteivorstand und den Genossen der einzelnen Parteiorte ein ungemein reger, wie sich schon aus der Thatsache ergibt, daß in der Zeit vom 1. November 1890 bis 30. September 1891 beim Sekretariat der Partei 3227 Briefe und Postkarten eingingen, während vom Sekretariat 3634 Briefe und Karten versandt wurden. Die eingegangenen und versandten Kreuzbandsendungen, welche ebenfalls nach Tausenden zählen, sind in den vorstehenden Ziffern nicht mit aufgeführt.

Neben der Durchführung der Organisation war vom Parteivorstand vor allem die Regelung der Agitation, sowohl der mündlichen als auch der schriftlichen durch Flugblätter, Broschüren zc., ins Auge zu fassen.

Was die mündliche Agitation durch Versammlungen betrifft, so sind auf diesem Gebiete sehr weitgehende Anforderungen aus fast allen Theilen des Reichs an die Parteileitung gestellt worden. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir nicht allen diesbezüglich laut gewordenen Wünschen haben gerecht werden können. Der Grund hierfür liegt aber weniger an dem Mangel guten Willens seitens der Parteileitung, allwärts agitiren zu lassen, als daran, daß ge-

E

eignete Agitationskräfte nicht immer zur Verfügung standen oder daß die Genossen nur bestimmte Personen verlangten. Was in letzterer Beziehung an einzelne bekannte Redner unserer Partei für Anforderungen gestellt werden, geht weit über das Maß des Zulässigen hinaus. Die Genossen vergessen nur zu oft, daß jeder unserer beliebteren Redner entweder einen bürgerlichen Beruf oder ein die volle Arbeitskraft in Anspruch nehmendes Amt in der Partei zu erfüllen hat, wodurch die Möglichkeit, in Versammlungen aufzutreten, eingeschränkt wird. Dazu kommt die physische und geistige Anstrengung, welche mit jeder Versammlungszrede verknüpft ist, wodurch allein schon ein gewisses Maßhalten geboten wird.

Die vielfach laut gewordenen Klagen über mangelnde Agitation dürfen wohl auch zum großen Theil auf das Konto des großen Eifers der Genossen gesetzt werden, für die Ausbreitung der Partei zu wirken. Insofern sind aber selbst diese Klagen und Beschwerden als eine erfreuliche Erscheinung unseres Parteilebens zu bezeichnen, indem sie für den Thatendrang und Agitationseifer der Genossen Zeugniß ablegen.

In Wirklichkeit hat auch eine ungemein rührige und umfassende Agitation durch Versammlungen stattgefunden. Zwar hat die Parteileitung davon abgesehen, wie dies vor dem Erlasse des Sozialistengesetzes eingeführt war, eine Anzahl redegewandter Genossen als ständige Agitatoren anzustellen. Dieses System hat mancherlei Mißstände mit im Gefolge gehabt und wurde auch seiner Zeit nur um deswillen beibehalten, weil es damals vielfach in ganzen Provinzen an Personen fehlte, deren soziale Stellung so unabhängig war, daß sie ihre Zeit, wenn nothwendig, der Partei zur Verfügung stellen konnten. Dieses Verhältnis hat sich jetzt insofern zu Gunsten der Partei geändert, als die Zahl der sozialdemokratischen Pressorgane sich bedeutend vermehrt hat und unter den an denselben beschäftigten Personen sich fast immer einer oder mehrere Genossen befinden, welche des Wortes mächtig und zur Agitation in Versammlungen geeignet sind. Für diese Agitation sind auch seitens der Parteileitung an eine Anzahl geeigneter Genossen regelmäßige Zuschüsse bezahlt worden, und wird es sich im Interesse einer regen Agitation empfehlen, diese Einrichtung immer mehr auszubilden.

Eine besonders lebhafte Agitation ist auch von Seiten der Mitglieder der Reichstagsfraktion entfaltete worden. Abgesehen davon, daß dieselben alle der Berichterstattung in ihren Wahlkreisen oblagen, sind von einer ganzen Anzahl von Abgeordneten, auf Anregung des Parteivorstandes, auch größere Agitationstouren durch Deutschland unternommen worden.

Dem von oppositioneller Seite in der Partei laut gewordenen Verlangen, die Abgeordneten sollten statt in den Reichstag zur Agitation aufs Land hinausgehen, ist seitens der Parteileitung und

E

der Reichstagsfraktion allerdings nicht entprochen worden. Die hier verlangte Vernachlässigung der Pflichten eines Abgeordneten würde nur unseren politischen Gegnern willkommen gewesen sein, einmal weil sie dadurch die ihnen lästige Kontrolle im Reichstag los würden, und dann weil ihnen dieses Verhalten unserer Abgeordneten einen willkommenen Vorwand zur Anschuldigung unserer Partei bei den indifferenten Wählermassen gäbe. Diese Massen für uns zu gewinnen, ist aber eine der Aufgaben der Agitation. Nun ist es Thatsache, daß die Berichte über die Parla-ment-verhandlungen auch in jenen Kreisen gelesen werden, welche entweder zu gleichgiltig sind oder keine Gelegenheit haben, in eine sozialdemokratische Volksversammlung zu kommen. Durch eine rege und energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage wird also der agitatorische Zweck, welchen die in unseren Reihen befindlichen Gegner der parlamentarischen Thätigkeit anstreben, in vollem Umfange erreicht, ohne den Gegnern den billigen Vorwand der Pflichtvernachlässigung gegen uns an die Hand zu geben.

\* \* \*

Der vorjährige Parteitag hat speziell auch sein Einverständnis damit erklärt, unsere Agitation auch auf die Proletarier des flachen Landes auszudehnen.

Dieser Anregung folgend hat der Parteivorstand im Dezember vorigen Jahres bereits einen Aufruf an alle jene Genossen erlassen, welche sich zu schriftstellerischen Leistungen auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt halten, solche Arbeiten an uns einzusenden oder über deren Abfassung sich mit uns in's Einvernehmen zu setzen.

Der Erfolg dieses Aufrufes war, daß uns eine große Menge von Arbeiten über das vorerwähnte Thema zugehen. Darunter befanden sich besonders reichlich kleinere Mittheilungen und Notizen über persönliche Erlebnisse, Lohn- und Wohnungsverhältnisse zc. von Landproletariern selbst. Die gegnerische Presse und besonders die auf dem Lande verbreiteten amtlichen Organe der Landräthe hatten von unserem Aufrufe Notiz genommen, indem sie ihren Lesern zuriefen: „Gütes Euch, der Sozialdemokrat kommt!“ Gerade diese Warnung erzielte aber das Gegentheil von dem, was mit ihr beabsichtigt war. Zahlreiche Einsender von Notizen und Mittheilungen bezogen sich auf die Warnung im landrätthlichen Organ und benützten die dort angegebene Adresse des Parteivorstandes, um uns gegenüber ihr Herz auszuschütten. Die Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung des eingegangenen Materials erwies sich schließlich als eine so umfangreiche Arbeit, daß der Parteivorstand beschloß,

E

mit derselben einige mit der Materie vertraute Genossen zu beauftragen, in deren Händen sich die Arbeit noch befindet. Die Verschiedenartigkeit der Agrarverhältnisse in Deutschland und die dadurch wieder bedingte verschiedene Lebenslage des Landproletariats hat eine getrennte Behandlung des Gegenstandes nach Provinzen und Landbestheilen nothwendig gemacht. Sobald die Arbeiten druckfertig sind, soll deren Veröffentlichung erfolgen.

Viel verlangt wurden gerade für die ländlichen Distrikte leicht faßliche und gemeinverständliche Flugblätter. Seitens der Parteileitung konnte diesem Verlangen nur in sehr beschränktem Maße nachgegeben werden und zwar um deswillen, weil es an solchen geeigneten Flugblättern fehlte, deren Beschaffung von einer Zentralstelle aus sich auch als unmöglich erwies. Wenn solche Flugblätter den gewünschten Zweck erreichen sollen, dann müssen sie bis zu einem gewissen Grade einen lokalen oder doch provinziellen Ton tragen. Dieselben müssen anknüpfen an die Anschauungen, Lebensgewohnheiten und Leiden derjenigen Arbeiterbevölkerung, unter der sie verbreitet werden sollen. So richtig es ist, daß der Landproletarier des Ostens ebenso ein Opfer der Profitgier des Kapitals ist und unter der Ausbeutung desselben leidet, wie der Industriearbeiter des Westens, so geht diese Ausbeutung doch unter wesentlichen verschiedenen Formen vor sich. Diese Verschiedenartigkeit der Proletarierleiden bedingt aber auch eine Verschiedenartigkeit der Sprache und der Behandlung in Flugblättern und ähnlichen Agitationschriften.

Dies müssen die Landes- und Provinzial-Komitees in Zukunft eingreifen und das Fehlende zu beschaffen suchen. Die Parteileitung kann nur mit Gewährung von pekuniären Mitteln nachhelfen, was in einer Reihe von Fällen bisher auch schon geschehen ist.

Außer der allgemeinen Agitation hat die Partei im Laufe des letzten Jahres ihre Kräfte in einer Reihe von **Wahlkämpfen** zu erproben gehabt. An Reichstagswahlen war die Partei theilhaftig bei den Nachwahlen in den Wahlkreisen Würzburg, Sonneberg, Geestemünde, Kassel, Tilsit und Memel. In allen diesen Wahlkämpfen fiel zwar der Sieg den gegnerischen Parteien zu, aber nicht, ohne daß ihnen unsere Genossen denselben sauer genug machten. In Sonneberg verdanken die Freisinnigen ihren Sieg nur der Unterstützung der Nationalliberalen und dem weiteren Umstände, daß noch auf Grund der alten Wähler-Listen abgestimmt wurde. In Kassel gingen schließlich Freisinnige, Konservative und Antisemiten einträchtig Hand in Hand, um dem Nationalliberalen zum Mandat zu verhelfen.

E

Es zeigte sich hier die „eine reaktionäre Masse“ in hellerer Beleuchtung, und selbst ein angesehenes Organ der Linkliberalen meinte von diesem Bündniß, es wäre „die politische Unsitlichkeit in der Potenz, wenn es — nicht der einzige vernünftige Ausweg gewesen wäre.“ Vernünftig natürlich vom Bourgeoisstandpunkt aus, welcher in Klassenbewußten Arbeitern den Todfeind sieht, zu dessen Bekämpfung sich im gegebenen Falle selbst Eugen Richter und Böckel die Hand reichen, wobei Stöcker den Segen dazu giebt.

Bei den Wahlkämpfen im XIX. hannoverschen Wahlkreise und in den Kreisen Tilsit und Memel war die Möglichkeit eines Wahlsieges für uns von vornherein ausgeschlossen. Wenn die Partei im ersteren Kreise doch erhebliche Anstrengungen machte, so geschah dies speziell in Rücksicht darauf, daß dort der gewesene Reichstanzler Bismarck sich um das Mandat bewarb und in dem Falle die Partei-Ehre es gebot, dem „Vater des Ausnahme-Gesetzes gegen die Sozialdemokratie“ den Sieg so schwer als möglich zu machen. Dieser Zweck ist auch so vollständig erreicht worden, daß der von bezahlten oder überspannten Speichelleckern als „größter Staatsmann aller Zeiten“ gefeierte Reichstanzler a. D. erst in der Stichwahl, und zwar gegen den von unserer Partei aufgestellten „Zigarrenarbeiter“ zum Mandat gelangen konnte.

Die Wahlen in Tilsit und Memel brachten für unsere Kandidaten einen so bedeutenden Stimmenzuwachs gegen die letzten allgemeinen Wahlen, daß das Geschwäh der Gegner vom „Rückgange der Sozialdemokratie“ von da ab elend verstummte.

Sehr beachtenswerthe Erfolge hat die Partei in verschiedenen Ländern bei den Landtagswahlen erzielt. Im Großherzogthum Hessen sind die beiden Mandate in Mainz bei der Neuwahl behauptet und ein weiteres Mandat im Landbezirk Offenbach dazu gewonnen worden. Ebenso sind Sitze durch unsere Genossen in Baden und in Meiningen erobert worden, so daß auch in die Landesvertretungen dieser Staaten zum ersten Male Genossen unserer Partei eintreten.

Daß diese Erfolge erzielt wurden und der Boden für neue weitere Erfolge vorbereitet ist, das verdanken wir in erster Linie der unermüdblichen Thätigkeit unserer Genossen allerwärts. Soweit aber die Parteileitung dazu beitragen konnte, hat sie es an Unterstützung nicht fehlen lassen, wie die Genossen aus dem nachstehenden **Kassenbericht** ersehen, in dem unter den Ausgaben diejenigen Posten, welche der Agitation dienen, den Löwen-Theil einnehmen.

E

# Kassenbericht.

A. Einnahmen der Sparkasse vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1891.

Zum Monat:	Zins- gesamt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf:						Kassen- bestand							
	Mt.	Pf.	Breitwillige Beiträge	Zinsen	Schritten- Ueberschuß	Ueberschuß des Vor- jahrs	Verpflichtige Einnahmen	Rück- zahlung v Darlehne								
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.						
1890																
Oktober	12 118	75	10 972	50	406	55	538	20	201	50	7 184	20				
November	28 547	—	18 046	50	549	10	—	—	9 951	40	—	—				
December	6 850	—	6 361	50	472	50	—	—	—	—	—	—				
1891																
Januar	31 341	10	19 920	45	1 998	65	300	—	9 097	—	25	25				
Februar	5 807	05	5 342	05	360	—	—	—	30	—	75	75				
März	9 042	55	8 617	55	—	—	—	—	—	—	423	423				
April	23 920	25	11 501	70	100	—	—	—	—	—	4 177	4 177				
Mai	12 929	25	10 832	95	71	30	—	—	8 141	53	25	25				
Juni	15 900	85	13 140	85	735	—	—	—	2 000	—	2 025	2 025				
Juli	30 319	80	18 775	45	—	—	—	—	—	—	2 025	2 025				
August	31 940	15	31 915	15	—	—	—	—	9 719	85	25	25				
September	14 940	85	13 418	85	997	50	—	—	—	—	325	325				
	223 866	60	168 845	00	5 690	60	838	20	38 909	30	231	50	9 852	00	7 184	20

223 866,60 Mt.

Kassenbestand am 1. Oktober 1890

7 184,20

231 050,80 Mt.

B. Ausgabe der Sparkasse vom 1. Oktober 1890 bis zum 30. September 1891.

Zum Monat	Zins- gesamt	Von den genannten Ausgaben entfielen auf:						Zins- für Ein- lohn- Bettung					
		Unter- stützungen	Prozeß- und Gelding- verfahren	Mit- gemeine Liquidation	Recht- liche Mit- tation	Rechts- kosten	Re- positungs- Ausgaben		Re- mittlungs- Ausgaben	Zuschuß für Ein- lohn- Bettung			
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	
1890													
Oktober	6194,90	1208	30	1406	50	600	—	—	—	—	1000	—	
November	6286	5	557	50	253	45	2500	50	1120	—	187	—	
December	12768	25	915	—	1268	75	3920	40	61	10	2050	500	
1891													
Januar	14845	65	813	50	368	—	2648	75	600	—	4000	75	
Februar	17212	45	665	—	736	40	3463	50	2840	10	3100	150	
März	21638	50	682	—	519	55	1045	40	2178	5	1500	—	
April	12045	55	700	—	98	95	1697	40	50	—	3200	—	
Mai	8558	—	1084	—	504	5	2245	—	—	—	1600	—	
Juni	6147	50	540	—	950	—	1790	70	—	—	1116	80	
Juli	12611	55	727	—	148	—	1597	—	—	—	2000	—	
August	6677	80	1465	—	899	80	2657	30	129	40	6360	—	
September	10468	65	1412	—	800	40	6309	45	68	—	1288	80	
	184949	85	10749	—	5977	35	31479	90	8446	65	15706	60	745

184 949,85

Dezu kommt Ausgabe für Kapitalanlage

94 080,95

Kassenbestand am 30. September 1891

2 020

\*) Darunter 10.000 Mt. Reunion, die nach Sambebetz zu teilen war.

231 050,80

### Erläuterungen zu A. Einnahmen:

**Schriftenüberschuß:** Der Betrag von Mk. 888,20 entkammt noch einer Einrichtung aus der Periode vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Der Schriftenvertrieb ist nunmehr auf die Buchhandlung „Vorwärts“ übergegangen, die für Rechnung der Parteileitung geführt wird.

**Ueberschuß des Vorwärts:** Die Ueberschüsse aus dem III. Quartal 1891 konnten noch nicht in Einnahme gestellt werden, weil die Abrechnung erst nach Schluß des Quartals im Oktober stattfinden konnte.

### Erläuterungen zu B. Ausgaben:

**Unterstützungen:** Der Betrag von Mk. 10749 ist ausschließlich für Personen oder Angehörige von Personen verwendet worden, die in Folge ihrer Parteithätigkeit geschädigt oder gemahregelt wurden.

**Allgemeine Agitation:** Unter der Summe von Mk. 31479,90 sind auch die Beihilfen inbegriffen, welche nothleidende Lokalbätter aus der Parteikasse erhielten.

**Schriftendruck:** Die Summe von Mk. 745,— wurde für Honorare verausgabt. Die Einnahmen aus dem Druck und der Verbreitung der betreffenden Schriften kommen der Buchhandlung „Vorwärts“ zu Gute.

**Reichstagsausgaben:** Die Diätenhöhe ist gegen früher insofern verändert worden, als der Satz für den Aufenthalt in Berlin pro Tag von 5 auf 6 Mk. erhöht wurde. Es wurde Klage geführt, daß der frühere Satz in Anbetracht der Aufwendungen, die erfordert würden, zu niedrig sei. An Wohnungsgeld werden für die Abgeordneten, die eine besondere Wohnung zu nehmen gezwungen sind, monatlich 25 Mk. gewährt. In der Höhe der Diäten besteht insofern eine Abstufung, als Fraktionsmitglieder, die ein eigenes Geschäft haben und in demselben durch ihre Anwesenheit geschädigt werden, statt 6 Mk. täglich 9 Mk. erhalten. In Berlin oder dessen nächster Umgebung wohnende Fraktionsmitglieder erhalten für den Tag, an dem sie einer Sitzung beiwohnen 3 Mk., und wenn sie geschäftlich geschädigt werden, 6 Mk. Eine Anzahl besser situirter Fraktionsmitglieder verzichtet auf Entschädigung. Diäten werden nur für die Tage der Anwesenheit in Berlin und die Reisetage bezahlt.

**Verwaltungsansgaben:** Die Ausgabe von Mk. 16 852,30 enthält die Anzugskosten der Sekretäre, die Einrichtungskosten des Bureaus (Schreibtische, Regale, Sitzungstisch, Gasbeleuchtung zc.), die Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Feuerung, Buchbinderlöfne, Zeitungsabonnements, Drucksachen, Portis und Telegramme. Ferner die Kosten für 2 Telephone und die Ausgaben für die Konferenzen der gesammten Parteileitung und die Gehälter der Vorstandsmitglieder. An Gehalt werden monatlich bezahlt: für zwei Sekretäre

E

je 250 Mk., für 1 Hilfssekretär — dessen Anstellung sich nothwendig machte — 120 Mk., für den Kassirer 150 Mk., für die beiden Vorsitzenden je 50 Mk.

Auf Gesammtbeschluß des Vorstandes ist jedes Mitglied verpflichtet, das ihm bestimmte Gehalt anzunehmen, doch ist ihm unbenommen, in Form freiwilliger Beiträge an die Kasse ganz oder theilweise auf dasselbe zu verzichten, wovon Gebrauch gemacht wurde.

**Darlehen:** Unter den ausgeliehenen Darlehen befinden sich unter anderem 8000 Mk. Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen, 4000 Mk. für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückbezahlt wurden, ferner 6000 Mk. an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Lokalbätter.

Der vorstehende Kassenbericht giebt ein Bild über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei. Der Bericht zeugt aufs Neue für den oft schon bewunderten Osfermuth der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, doch umfaßt er noch lange nicht alle jene Summen, welche die zielbewußten deutschen Arbeiter zur Förderung ihrer sozialpolitischen Ideale, zur Vertheidigung ihrer Rechte und zu dem Zwecke des Kampfes für Verbesserung ihrer Lebenshaltung im letzten Jahre aufgebracht haben. Abgesehen von den Lokalausgaben für Parteianglegenheiten, welche zusammengerechnet gewiß eine Summe ergäben, welche der unter den Partei-Einnahmen aufgeführten in Nichts nachstünde, sei nur an die nahezu hunderttausend Mark erinnert, welche für den Maifonds aufgebracht wurden und welche ausschließlich auch aus jenen Reihen flossen, welche zur großen Armee der Klassenbewußten Arbeiter gehören.

Das erste und wichtigste Agitationsmittel ist die **Presse**. Die Zahl der periodisch erscheinenden sozialdemokratischen Organe und der Gewerkschaftsblätter zeigt nachstehende Zusammenstellung für das 4. Quartal 1891, welche gleichzeitig den Stand der Parteipresse zur Zeit des Halle'schen Parteitagcs angiebt. — Es erscheinen:

Politische Blätter:		
	1891	1890
Wöchentlich	sechsmal 27	19
„	dreimal 26	25
„	zweimal 6	6
„	einmal 10	10
Zusammen		69
		60

Dazu eine wöchentlich erscheinende wissenschaftliche Revue „Die Neue Zeit“, sowie ein ebenfalls wöchentlich erscheinendes Unterhaltungsblatt „Der Gesellschafter“ und zwei alle 14 Tage erscheinende Witzblätter „Der wahre Jakob“ und „Der süddeutsche Postillon“.

E



**Gewerkschaftsblätter:**

	1891	1890
Wöchentlich dreimal	1	1
" einmal	26	17
Monatlich dreimal	4	2
" zweimal	20	20
" einmal	4	2
Zusammen	55	42

Die vorstehende Aufstellung ergibt, daß eine starke Vermehrung der Presse im Laufe des letzten Jahres nicht stattgefunden hat. Nur die Zahl der Tagesblätter hat sich erheblich vermehrt. Diese Erscheinung erklärt sich aus der Thatfache, daß gegen Ende des Sozialistengesetzes die rigorosen Bestimmungen desselben gegen die Presse nicht mehr oder nur in sehr abgeschwächtem Maße zur Anwendung gebracht wurden und infolge dessen bereits zu jener Zeit in fast allen größeren Städten und Industriezentren Parteiblätter ins Leben gerufen wurden. Die Existenz dieser Blätter sicher zu stellen, hat an einzelnen Orten den Genossen bedeutende Opfer gekostet und wurden dieserhalb auch vielfach Anforderungen an die Parteileitung gestellt. In einigen besonders schwierigen Fällen ist diesen Gesuchen auch entsprochen worden, im allgemeinen aber mußte es die Parteileitung, entsprechend dem Beschlusse des Hallenser Parteitags, ablehnen, zur Regelung der finanziellen Schwierigkeiten der Lokalblätter die allgemeinen Parteimittel zur Verfügung zu stellen.

Es darf hier konstatiert werden, daß in fast allen Fällen, wo zuerst die Hilfe der Partei gewünscht wurde, die Genossen der betreffenden Orte oder Provinzen die notwendigen Mittel schließlich selbst aufbrachten. Auf alle Fälle aber haben die hier und da auftauchenden Schwierigkeiten bewiesen, wie richtig der vorjährige Parteitag gehandelt hat, als er in Bezug auf die Presse in einer Resolution den Parteigenossen empfahl:

„bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorzicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die notwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind.“

Der Parteivorstand kann auf Grund der im letzten Jahre gesammelten Erfahrungen nur den Wunsch aussprechen, daß die in der vorstehenden Resolution aufgestellten Grundsätze von den Genossen auch weiterhin beachtet werden mögen.

Wie der Kassenbericht ergibt, haben die auf Beschluß des Parteitages ins Leben gerufenen resp. auf Rechnung der Partei übernommenen Blätter für die polnischen Landesteile (Gazeta robotnicza) und die Reichslande (Glaß-Bohr. Volkszeitung) erhebliche Zuschüsse erfordert. Angekichts der großen Arbeitermassen,

E

welche in den angeführten Ländern in Betracht kommen, und bei dem Umfande, daß in den Reichslanden in Folge der dort herrschenden Ausnahmegegesetzgebung es den Genossen unmöglich gemacht ist, das Blatt aus eigenen Kräften zu halten, glaubt der Parteivorstand dem Parteitag empfehlen zu sollen, sich auch mit weiteren Zuschüssen einverstanden zu erklären. Dasselbe ist bei dem polnischen Blatte der Fall, für welches sich außerdem die Zuschüsse im laufenden Jahre erheblich verringern dürften.

Eine der ersten Aufgaben der Parteileitung war es nach ihrer Konstituierung, zur Förderung des Vertriebes und der Neuherausgabe der Parteiliteratur eine **Parteibuchhandlung** in's Leben zu rufen. Dieselbe führt den Titel: Buchhandlung „Vorwärts“ und hat der Geschäftsbetrieb derselben seit der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits einen bedeutenden Umfang angenommen, der sich noch immer mehr ausdehnt. Die Buchhandlung hat im Laufe des verfloffenen Jahres, außer der „Waizeitung“, verschiedene ältere Parteischriften neu verlegt und sich auch mit der Herstellung neuer Verlagsartikel, namentlich der Herausgabe des Textes der Gewerbeordnungsnovelle und des Gesetzes betr. die Errichtung von Gewerbegerichten sowie einer Anzahl von Broschüren befaßt. Der Umsatz unserer Buchhandlung belief sich vom 1. Oktober v. Jahres bis 30. Juni d. J. auf 66 000 M. und die Zahl der für den Verkauf hergestellten Druckschriften, ohne Einzurechnung der „Waizeitung“ und abgesehen von der großen Auflage des Programms und der Organisation, beträgt annähernd 300 000 Exemplare. Auf Veranlassung des Parteivorstandes erfolgt im Verlage unserer Buchhandlung eine Gesamtausgabe aller sozialpolitischen sowie sonstigen populären Schriften Ferdinands Lassalle's, welche in einer billigen Heftausgabe erscheint und es auch dem ärmsten Parteigenossen ermöglicht, sich in den Besitz dieser trefflichen Schriften zu setzen. Als glänzendes Zeugniß für den Bildungstrieb der Parteigenossen mag hier angeführt werden, daß die niedrigsten Auflagen der im „Vorwärts“ erschienenen Agitationsbrochuren 10 000 betragen. Eine ganze Reihe dieser Auflagen sind nach wenigen Wochen bereits vergriffen gewesen und mußten erneuert werden. Das Protokoll über den Parteitag in Halle beifspielsweise wurde in 40 000 Exemplaren abgesetzt.

Nach einer Verständigung zwischen der Reichstags-Fraktion und dem Parteivorstand erschien von ersterer in Bezug auf die **Mai-Feier** am 4. Februar dieses Jahres ein Aufruf an die Parteigenossen, worin den deutschen Arbeitern empfohlen wurde, die Mai-Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen. Ueber diesen Vorschlag der Parteileitung und den Verlauf der Mai-Feier enthält der „Bericht der Sozialdemokratischen Partei zum internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel“ folgende Angaben:

4 E

Zu einer Kundgebung im großartigsten Stile gestaltete sich die Mäifeier in diesem Jahre. Zwar war an eine Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai angesichts der traurigen wirtschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstagsfraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am ersten Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiter-Versammlungen statt, in denen Referate über die Bedeutung der Maidemonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung erstattet wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Festfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibiert wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Beteiligung der Arbeiterschaft war überall eine großartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schätzung gegnerischer Blätter 100 000 Menschen theil. Eine Festschrift, welche zur Mäifeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt.

Der Einladung zum internationalen Arbeiterkongreß nach Brüssel folgte unsere Partei mit Freuden und war dieselbe dort durch 40 Delegirte vertreten. Von Seiten des Parteivorstandes wurde, dem Beschlusse des Pariser Kongresses entsprechend, ein schriftlicher Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland ausgearbeitet, der in deutscher, französischer und englischer Sprache in Brüssel zur Vertheilung gelangte und den wir den Vorlagen für den Parteitag beifügen. Die zahlreiche Beschickung des Kongresses und das große Interesse, mit welchem die Parteigenossen den Verhandlungen desselben folgten, sowie die allgemeine Zustimmung, welche die in Brüssel gefaßten Beschlüsse in unseren Reihen fanden, dürfen als ein neuer Beweis dafür angeführt werden, wie tief das Bewußtsein der Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder in unseren Genossen wurzelt und wie sehr sie sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen sind, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der von echt brüderlichem Geist zeugende Empfang, welcher unseren Delegirten von den belgischen Genossen bereitet wurde, und der Parteivorstand glaubt im Sinne der sämmtlichen Delegirten sowie der Gesamtpartei zu sprechen, wenn er an dieser Stelle speziell unseren belgischen Parteigenossen für die Bethätigung ihrer brüderlichen Gesinnung wiederholt den aufrichtigsten Dank ausdrückt.

Eine allgemeine Agitation gegen die Kornzölle wurde seitens des Parteivorstandes aus Anlaß der kolossal gestiegenen Getreidepreise und der Mißernte in Anregung gebracht. Dieselbe wurde von den Parteigenossen allerwärts mit großer Energie betrieben und in hunderten von Versammlungen Protest gegen die künstliche Vertheuerung der

nothwendigsten Lebensmittel zu Gunsten und Vortheil von ein paar tausend Großgrundbesitzern und einiger Kornwucherer erhoben.

Das mächtige Anwachsen der Partei und die Thatsache, daß derselben sich immer weitere Volkstheile anschließen, welche man noch vor wenigen Jahren für absolut unzugänglich für sozialdemokratische Ideen hielt, beunruhigt die herrschenden Klassen in immer höherem Maße. Der Glaube und das Vertrauen auf den Erfolg des „Kampfes mit geistigen Waffen“ ist dort längst geschwunden und so können wir die interessanteste Thatsache konstatiren, daß es Blätter und Angehörige jener sogenannten Ordnungsparteien, welche die Sozialdemokratie immer der Neigung zur Gewaltthätigkeit bezichtigten, waren, welche die Lösung ausgaben: „Die sozialdemokratischen Agitatoren mit den Hunden aus den Dörfern zu heken und sie mit Dreischlegeln zu empfangen.“

Die Vorgänge in Gisleben, Spenge und Forst bei Nachen zeugen auch dafür, daß jene Aufregung zu Gewaltthätigkeiten auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Eine andere Frage freilich ist es, ob es noch lange dauern wird, bis selbst polnische Arbeiter, wie in Gisleben, sich nicht mehr dazu hergeben werden, für Freibier und Schnaps über ihre aufgeklärteren Kameraden herzufallen und deren Versammlungen zu sprengen. Gerade aber solche Vorgänge müßten für unsere Genossen ein Sporn sein, diejenigen Arbeiterkreise, in denen man die Bestrebungen der Sozialdemokratie nur nach den Schilderungen der Lintenkulis der Profitgier oder verlogener Pfaffen kennt, aufzuklären und eines besseren zu belehren. Hier kann uns das Verhalten unserer Gegner als Muster dienen. Entblödet sich doch die liberal-konservative Presse nicht, den Anführer der Spenger Brügelgarde, den Pastor Jeszraut, ob seines Treibens öffentlich zu loben.

Und das Rechtsgefühl des Staatsanwalts in Zeitz ist so gart besaitet, daß er die Bezeichnung „Brügelhelden“ für die aus Anlaß der Vorgänge in Gisleben wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft genommenen Vergleute für eine so schwere Beleidigung erachtet, daß er um derenwillen gegen unseren Genossen Hoffmann in Zeitz Anklage wegen Beleidigung „im öffentlichen Interesse“ erhoben hat.

An Anklagen und Verfolgungen gegen unsere Genossen war das letzte Jahr überhaupt überaus reich, und beweist wohl nichts besser das Frrthümliche der Anschauung, als befänden wir uns wirklich unter einem „Neuen Kurs“, als nachfolgende Zusammenstellung der Geld- und Gefängnißstrafen, welche in den elf Monaten seit dem Parteitag in Halle gegen unsere Parteigenossen erkannt worden sind. Bemerket sei dabei, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit durchaus keinen Anspruch machen kann. Die darin aufgeführten Zahlen sprechen aber auch in ihrer Unvollständigkeit deutlich dafür, daß auch ohne Ausnahmegesetz unser

„gemeines“ Recht mehr als genügend Handhabung bietet, gegen die „Ausfchreitungen der Sozialdemokratie“ vorgehen zu können. Urtheile, wie sie gegen die streikenden Kohlenbergarbeiter in den rheinisch-westfälischen Bezirken oder gegen unseren Genossen Max Wagniski in Schlefien gefällt worden find, zeigen, was findige Richter und Staatsanwälte aus unseren Strafgesetzbuch-Paragrafen zu machen vermögen.

Die Straftabelle ergibt nach Monaten geordnet folgendes Bild:

Monat	Strafen in				
	Gefängniß			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Mart.	Pfg.
November . . . . .	6	2	—	347	—
Dezember . . . . .	4	4	24	2624	—
Januar . . . . .	17	6	29	2128	—
Februar . . . . .	6	4	13	2278	50
März . . . . .	15	—	6	2886	—
April . . . . .	3	6	21	1450	—
Mai . . . . .	10	—	4	1583	60
Juni . . . . .	3	4	9	1288	—
Juli . . . . .	3	2	10	1630	—
August . . . . .	5	1	15	785	20
September . . . . .	14	5	2	1302	—
In 11 Monaten zusammen	89	2	13	18302	30
Hiervon gehen ab in Folge Freisprechung oder Strafherabsetzung in den Entscheidungen der Endinstanz .	1	7	15	40	—
Mithin bleiben . . . . .	87	6	28	18262	30

Mit Ausnahme von ein paar Fällen treffen diese Strafen ausschließlich Parteigenossen, alle aber stehen in engstem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen, bezw. gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. So schwer diese Strafen den Einzelnen getroffen und in zahlreichen Fällen sogar zur Existenz-Vernichtung geführt haben, die Partei ist dadurch keinen Augenblick in's Wanken gebracht worden. Wo einer der Unseren aus der Reihe der Kämpfer gerissen wurde, trat ein anderer an die Stelle, und für jedes Opfer waren zehn und hundert Genossen bereit, in die Lücke zu treten. So war es in unserer Partei früher, so blieb es während der schweren Jahre des Ausnahmezustandes, so ist es heute und wird es bleiben, so lange die deutschen Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie den Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der politischen und wirtschaftlichen Knechtschaft führen werden. Die Begeisterung und der Opfermuth für unsere Sache haben uns bisher jedes Hinderniß überwinden helfen, diese Begeisterung und Hingabe verbürgen uns auch den Sieg.

Berlin, den 12. Oktober 1891.

Der Partei-Vorstand.

E

53

## Die Inschuldigungen der Berliner Opposition.

(Zusammengestellt nach den Berichten des „Vorwärts“.)

Aus den Berichten in unserer Parteipresse sind Sie davon unterrichtet, daß einige derjenigen Personen, welche bereits vor dem vorjährigen Parteitag in Halle, als sogenannte „Opposition“ viel von sich reden machten und durch ihr Auftreten der gegnerischen Presse Stoff zu ihren Prophezeiungen über die bevorstehende Spaltung in unserer Partei lieferten, in den letzten Monaten sich wieder des gleichen Treibens befleißigten.

Obwohl auf dem Parteitag in Halle durch eine aus neun parteiischen Delegirten zusammengesetzte Kommission alle Beschwerde- und Anklagepunkte der sogenannten Opposition auf das Eingehendste geprüft wurden und dem in Halle anwesenden Führer der Opposition, Buchdrucker W. Werner, bei den Verhandlungen der weiteste Spielraum und fast uneingeschränkte Redefreiheit gewährt wurde, so vermochten doch Werner und sein Anhang nicht in einem einzigen wesentlichen Punkte den Wahrheitsbeweis für ihre Inschuldigungen zu erbringen. Die Neuner-Kommission kam deshalb, nachdem sie tagelang alle Punkte auf das Genaueste untersucht und alle vorgeschlagenen Zeugen abgehört hatte, zu dem Schlussergebnis, daß:

„In Anbetracht aller gegen Werner vorgebrachten Thatsachen der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führen muß, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören, jedoch konnte sich die Kommission, nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, nicht entschließen, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen.“

Trotz dieses für Werner geradezu vernichtenden Urtheilspruches, dem der von 400 Delegirten aus allen Theilen Deutschlands besuchte Parteitag mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität beitrug, hat Werner sein parteischädigendes Treiben nach

E

kurzer Pause wieder aufgenommen und befindet sich derselbe jetzt wieder an der Spitze der Opposition und ist einer ihrer Wortführer. Und dies thut Werner, obwohl er in Halle selbst erklärte (siehe Seite 69 des Protokolls über die Verhandlungen des Parteitags in Halle): „Wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streiftart begraben.“

Angeichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:

„ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten.“

Ob und in welchem Umfange die Opposition dieser Aufforderung dem Parteitag gegenüber nachkommen wird, ist uns zur Zeit nicht bekannt. An den Parteivorstand sowie an die Kontrolleure ist eine Anklage oder Beschwerde nicht eingegangen.

Unter diesen Umständen hält es der Parteivorstand für seine Pflicht, den Delegirten eine Sammlung aller jener Reden, in denen die Führer der Opposition ihre Anklagen vorbrachten, zu unterbreiten, damit erstere in der Lage sind, sich ein Urtheil zu bilden, einmal über die Beschwerdepunkte und dann vor Allen über die Form, in der dieselben in die Oeffentlichkeit getragen wurden.

Neben den Reden unterbreiten wir nachstehend den Delegirten auch das Flugblatt, welches von der Opposition gegen die Parteileitung herausgegeben ist. Außerdem bringen wir jene Reden und Zeitungsartikel von Abgeordneten, welche von der Opposition als Belege für ihre Anschuldigungen angeführt werden, zur Kenntniß der Delegirten.

Was die speziell von Werner und Wildberger behauptete Günstlingswirtschaft und Unterstützung von „Schmarozern und Speichelleckern“ anbelangt, so unterliegt die Kassenführung und Verwendung der Parteifonds der Prüfung des Parteitags. Hier hat jeder Delegirter das Recht und die Gelegenheit, sich durch persönlichen Einblick in die Kassenbücher von dem Grund oder Ursprung dieser schwersten Beschuldigung selbst zu überzeugen.

Bemerkt sei noch, daß bei der Wiedergabe der Vorgänge in den Versammlungen die Berichte des „Vorwärts“ zur Grundlage genommen wurden.

Wir erwarten von den Delegirten, daß sie die Angelegenheit genau prüfen und dann diejenige Entscheidung treffen, welche die Gerechtigkeit, die Ehre und das Interesse der Partei erfordern.

E \* \*

## Erste Versammlung im Feen-Palast am 3. Juli 1891.

Tagesordnung: Besichtigung des Brüsseler Kongresses.

Der Referent R. Fischer kam auf die Maiseier zu sprechen und führte aus:

„Der Pariser Beschluß sollte nichts anderes bezwecken als: Am 1. Mai soll in allen Ländern, unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern herrschenden Verhältnisse, seitens der Arbeiter an die Behörden die Forderung des Achtstundentages und der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung, entsprechend den Pariser Beschlüssen, erhoben werden. Weiter wurde nichts beschlossen, über das Wie entschied jede Nation für sich. Redner schildert die Verhältnisse des Vorjahres, die Praktiken der Unternehmer und Behörden, die Hand in Hand gegen die Arbeiter gingen, und legt dar, warum angeichts dessen bei der wirtschaftlichen Krisis in diesem Jahre die Fraktion den Rath gab, die allgemeine Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Wie sehr sie damit den Interessen und der allgemeinen Auffassung innerhalb der Partei entgegen habe (Unterbrechung), beweise die Thatsache, daß mit Ausnahme eines kleinen Theiles der Berliner Genossen (Widerpruch), denen ihre soziale Lage oder ihr Veruf die Feier des 1. Mai gestatteten (Widerpruch; Unruhe), die ganze Partei ihre Maiseier am 3. Mai abhielt. Hänge denn die Bedeutung der Feier am Tage oder liege die Bedeutung in der Thatsache, daß für diesen Gedanken die Arbeiterschaft der gesammten Kulturwelt ihren Willen einmüthig bekunde? (Beifall.) Redner erörtert, von Beifall und Widerspruch unterbrochen, wie die ganze Maiseier keine Willens-, sondern eine Machtfrage sei. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischem Boden nicht aufnehmen; auf diesem Felde stehen die Arbeiter in heutiger Krisis waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Uebermacht ausgestatteten rücksichtslosen Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei, die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde. Redner zieht Vergleiche zwischen dem Resultate der vorjährigen Maiseier, die Hunderte von Genossen auf Jahre hinaus erfindungslos gemacht, der Partei eine Niederlage zugezogen, die jede andere weniger stark organisirte einanderbergesprengt hätte, und dem der diesjährigen, welche, statt Hunderttausende zu kosten, ebenso viel eingebracht, um die Wunden der vorjährigen zu heilen.“

Gegen diese Darlegung wandte sich zunächst Buchdrucker Werner, indem er ausführte:

„Der Referent habe zwar die internationale Solidarität geehrt, aber es erscheine ihm dann nicht logisch, daß der Referent

E

dann gesagt habe, wir dürfen uns von anderen Nationen nicht vorzeichnen lassen, wie wir den 1. Mai zu feiern hätten. Da wäre es doch gleich das Beste, zu erklären: „Der Pariser Beschluß, den 1. Mai als Feiertag zu begehen, ist in Deutschland nicht durchführbar, da dadurch Arbeiter gemäßigert werden könnten.“ Wenn wir allerdings unsere Agitation von den Opfern, die damit verbunden sein könnten, abhängig machen wollen, dann haben wir auch kein Recht, unsere Prinzipien in fremde Gegenden zu tragen, denn die sich uns daselbst anschließenden Arbeiter sind stets in Gefahr, wirtschaftlich ruiniert zu werden. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Dieses ewige Betonen der Existenzvernichtung führt schließlich dazu, daß die Sozialdemokratie eine reine Opportunitätspartei geworden ist. (Beifall und heftiger Widerspruch.) So hat auch die Fraktion, anstatt einfach den achtstündigen Normalarbeitstag zu fordern, wie es der Pariser Kongreßbeschluß verlangt, sich damit begnügt, zunächst den zehnstündigen, nach ein paar Jahren den neunstündigen und endlich von 1898 ab den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Ich bin der Meinung, daß wir von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben. Wir haben deshalb einfach unsere Forderungen zu stellen und dürfen nicht darauf bedacht sein, Kleinliche Verbesserungen zu erzielen. Wenn wir mit Opportunitätsgründen rechnen und bei allen Dingen ängstlich erwägen, welche Opfer damit verbunden sein könnten, dann unterscheiden wir uns nicht mehr von den reaktionären Parteien. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Opposition zu verpönnen, und jede Opposition als Kleinliche Mörgelei hinzustellen. Da ich es in einer Schuhmacherverammlung gewagt habe, die Rede Vollmar's anzugreifen, so wurde ich vom „Vorwärts“ und der Parteipresse in ärgerlicher Weise angegriffen.

Diesen Darlegungen trat auch der Tapezierer Bießer bei, derselbe erklärte: „Die sozialdemokratische Partei ist thatsächlich im Rückgange, der beste Beweis hierfür ist die Rede Vollmar's. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Der revolutionäre Geist ist vollständig verschwunden. So lange das Sozialistengesetz bestand, hatte die Partei Bedeutung, heute ist sie eine lächerliche Partei geworden. (Stürmischer Oho! Beifall und Lärm.) (In einer Erklärung bestreitet Bießer von einer „lächerlichen Partei“ gesprochen zu haben. Da eine Anzahl einwandfreier Zeugen den Ausspruch gehört hat, so scheint Bießer sein Gedächtnis in diesem Falle im Stich gelassen zu haben.) Die Partei ist eben eine parlamentarische Partei geworden, die bei allen Dingen genau die Opportunität im Auge behält. Wie dabei der sozialistische Staat in die alte Gesellschaft hineinwachsen soll, ist mir unerfindlich. (Beifall und Unruhe.)“

E

Nach Bießer ergriff Bebel das Wort, welcher u. a. über die Taktik der Partei und die dagegen laut gewordenen Einwände sich wie folgt äußerte: „Man habe die gesammte Taktik der Partei in den Kreis der Erörterungen gezogen und die Sache so dargestellt, als gehe die Partei der Versumpfung entgegen. Dem müsse er entschieden entgegen treten: Die Taktik sei heute die gleiche, die sie stets gewesen ist, und der Parteitag habe noch im letzten Jahre mit allen gegen die Stimme des Herrn Werner — (Rufe: Genosse Werner!) — das sei seine Sache — gegen die Stimme des Herrn Werner die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Partei sei nicht zurück: sie sei vorwärts gegangen und immer radikaler geworden. Das beweise die Literatur der Partei, das beweise der Beschluß, ein neues Parteiprogramm zu entwerfen und dieses werde an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen. Bewege sich die Partei vorichtiger in der Form als früher, so sei dies die notwendige Folge des Wachstums der Partei. Eine Partei, die Millionen hinter sich hat, müsse vorichtiger operieren, wie eine Sekte, die keine Bedeutung und keine Verantwortung habe. Die Partei sei in der Lage einer Armee, die gegen einen übermächtigen Feind kämpfe, dessen Stellung sie nicht im Sturme nehmen könne, ohne sich die Köpfe einzurennen. Sie müsse also Zoll um Zoll, Schritt um Schritt sich dem Feinde gegenüber ihren Boden erkämpfen, bis sie den entscheidenden Kampf wagen könne. Aber sie sei wieder von der Armee darin unterschieden, daß sie sich ihre Führer selber wählt und daß sie dieselben jederzeit absetzen kann, falls sie kein Vertrauen mehr in sie hat. Aufregende Debatten im Reichstage hingen in erster Linie von dem Stoff ab, der erörtert werde, und da habe das Sozialistengesetz oft andere Gelegenheiten geboten als jetzt vorhanden seien. . . . Die ewige Mörgelei und das ewige Unruhe stiften in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erwecke, als sei die Partei gespalten, das müsse endlich aufhören und er werde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch bei der Opposition.) So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müsse so oder so ein Ende gemacht werden. (Zustimmung.)“

Zu persönlicher Bemerkung erklärt noch W. Werner: Herr Bebel hat mir soeben den **Abgabebrief** gegeben; wenn der nächste Parteitag wirklich jedes Wort des Widerspruchs als Bruch der Parteidisziplin erklärt, so werde ich allerdings auf die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verzichten.

E

## Zweite Versammlung im Fern-Palast am 9. Juli 1891.

In dieser Versammlung ergriff von der Opposition zunächst das Wort der Redakteur des „Volksblatt für die Kreise Zeltow-Beeskow“ Richard Baginski. Derselbe führte aus: „Man habe die Berliner Opposition mit den Ausdrücken „Revolutionismacher“, „Nörgler“ etc. bezeichnet und bediene sich damit der Manier der Gegner. Der Mächtige habe den Schwachen stets Nörgler genannt. Unsere Haltung gegen die Fraktion ist durch die Befürchtung veranlaßt, daß die Partei durch den Parlamentarismus in den Sumpf geführt wird. . . . Es sei unberechtigt, die Opposition mit dem Ausdruck Nörgler zu bezeichnen. Wer eine freie Meinung hat, darf sie frei äußern, ohne daß Jemand das Recht hat, ihn Nörgler zu nennen. Aber man bekämpfte uns mit denselben Mitteln wie der Gegner. Bebel hat sogar — wie der Gegner — den rothen Lappen gegen uns geschwungen. Er sprach davon, daß unsere Taktik die Partei direkt vor die Wajonnette führe. Die erzieherische Wirkung des Sozialistengesetzes kommt hier zu Tage: wenigstens in der Beziehung, daß einzelne Führer von der Ansicht abgekommen zu sein scheinen, daß von den herrschenden Klassen gutwillig nichts zu erhalten ist. Man sagt: ohne Sozialdemokratie hätte es keine Sozialreform gegeben, man betrachtet die vorhandenen Gesetze als Zugeständniß. Das scheint auch der gemeinsame Boden zu sein, auf dem man mit dem Gegner zu verhandeln gedenkt. Liebknecht sagt, die Verhältnisse hätten sich geändert. Aber hat sich das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit geändert? Es ist viel schroffer geworden; die rapid vorwärts schreitende Enteignung des Mittelstandes hat die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgerissen. Ist denn wirklich an der Sozialreform etwas? Sie ist ja aus denselben Motiven entstanden wie das Sozialistengesetz. Das Arbeiterschutz-Gesetz ist ebenfalls zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. Und das alles soll ein Zugeständniß an die Sozialdemokratie sein? Man meint, in weiterer Folge ein zweites und drittes Zugeständniß zu erhalten, damit ist aber die Sozialdemokratie auf die schiefe Ebene des politischen Experiments gerathen, und Bamberger konnte mit Recht sagen, daß unsere Partei jetzt nicht mehr gefährlich sei und sich mit ihr im Reichstage sehr gut auskommen lasse. Vollmar beweist, daß Bebel, Liebknecht, Auer ganz dasselbe wie er gesagt haben. Das von Vollmar Gesagte ist die Konsequenz des Parlamentarismus. Die Stellung der Opposition zum Parlamentarismus ist, daß derselbe lediglich als Agitationsmittel benutzt werden soll; die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen keine Anträge stellen, sondern nur schärfste Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben. Dann wären wir

E

mit dem Parlamentarismus einverstanden. So aber sind wir eine rein parlamentarische Partei geworden. Bereits sehen die auswärtigen Bruderparteien argwöhnisch auf diese Taktik. Die österreichische Sozialdemokratie ist prinzipieller als die deutsche, deshalb wird sie mehr Erfolge haben. Schiden Sie Delegirte nach Brüssel, welche die deutsche Sozialdemokratie als die alte erweisen. (Beifall.)“

Als weiterer Redner für die Opposition trat auf der Tapezierer Wilbberger: „In der letzten Fernpalast-Versammlung handelte es sich nicht nur um den Brüsseler Kongreß. Es wurden beiderseitig die verschiedensten Fragen aufgeworfen. Redner schließt sich Baginski's Ausführungen an und kommentirt gleichfalls Liebknecht's Rede aus dem Jahre 1869, und zwar die Stelle, wo es heißt: Unsere Reden können die Gegner nicht befehren, welchen Zweck habe nun das Reden? Das Prinzip werde gepöfzt, und nur der Verrath oder die Kurzsichtigkeit könne zum Parlamentarismus verleiten. So habe Liebknecht 1869 gesprochen. Damals war der Sozialismus eine Machtfrage, die nur auf der Strafe zu lösen gewesen. So weit sei die heutige Opposition noch gar nicht gegangen. Also gerade jene Genossen hätten kein Recht, die Opposition anzugreifen. Grillenberger hat in einer Rede vollständig die Resolution abgeschworen, Vollmar will eine vollständig gesellschaftliche Partei, welche die Staatsgesetze respektirt; das sei etwas ganz anderes, als was vor zwanzig Jahren gesagt wurde. Die Fraktion hat sogar beim Arbeiterschutzgesetz dafür gestimmt, daß Verufe, welche nicht in dasselbe einbezogen sind, durch Kabinettsordre, durch die Initiative des Monarchen dem Gesetze unterstellt werden können. Das ist nicht demokratisch. Bebel sagt, wir müßten dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnen. Was haben wir aber durch diese Taktik gewonnen: verteuert wenig. Was auf der einen Seite gegeben wurde, ist auf der andern geshnack genommen worden. Die Zentralisation der Partei ist auch nicht mehr am Platze. Es ist ganz unmöglich, daß die Berliner Genossen immer Rücksicht nehmen sollen auf das kleinste Dorf. Die Forderungen müssen von den Zentren des Proletariats durchgeführt werden. In Berlin fühlt man etwas anders als draußen im Land. Das mag unangenehm sein bei der Landagitation, in solchen Fragen ist aber die Disziplin nicht angebracht. Genau so ist es mit dem 1. Mai. Es war gesagt worden, daß dort, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, gefeiert werden könnte. Bebel führte die Maßregelungen an, welche bei einer allgemeinen Arbeitsruhe hätten entstehen können. Dasselbe läßt sich aber auch vom Sonntag sagen, denn die Unternehmer wollten so wie so die Fachorganisationen der Arbeiter zertrümmern, und weil die Mat-demonstration sich gegen sie richtet, deshalb werden sie dieselbe be-

E

kämpfen, auch wenn sie am Sonntag stattfindet. Bezüglich Bebels Ausschlußdrohung spreche ich nicht wie Werner, daß ich nach dem Ausschlusse kein Sozialdemokrat mehr sein würde; ich bin und bleibe Sozialdemokrat, ich spreche das aber vielen ab, die sich heute noch als Alte geriren. Zur Zeit der Frankfurter Angelegenheit trat Bebel gegen Frohme auf, heute scheint die Richtung Frohme in der Fraktion vollständig gesiegt zu haben. Damals unter dem Sozialistengesetz war noch Begeisterung in den Reihen. Heute nimmt man stets Rücksicht auf die alten Gesellschaftsklassen, auf die nicht sozialdemokratischen Volksmassen. Vollmar's Rede soll eine Dummheit sein; Liebknecht's Brief im vorigen Jahre nach Kopenhagen mit dem harten Urtheil über die Opposition sollte auch eine Dummheit gewesen sein. Weshalb nahm der Parteivorstand nicht Stellung zu Vollmar's Rede? Warum desavouirte er nicht Vollmar's Auffassung? Wenn bei ähnlichen Anlässen in Frankreich Ausschluß des Betreffenden erfolgt ist und in Deutschland nicht, so ist die deutsche sozialdemokratische Partei schon gerichtet. Wenn heute die Wahl nach Brüssel beschlossen wird, so sollte man nicht so vorgehen wie in Halle. Wenn die Opposition zu Ende ist in Berlin, dann wird in Berlin Grabeshille werden. Bebel weiß ganz genau, daß die große Masse von der Sozialdemokratie verflucht wenig versteht. Die heute in der Opposition stehen, sie haben unter dem Sozialistengesetz die Partei in die Höhe gebracht. Wenn es so weiter geht, ist die Partei in zehn Jahren vollständig verflucht. (Beifall.)"

Gegen die Ausführungen der Vorredner sprach besonders Bebel. Die Versammlung, welche von ca. 5000 Personen besucht war, erklärte sich, ebenso wie die vom 3. Juli, mit erdrückender Majorität gegen die Opposition, für welche sich noch keine 200 Hände erhoben.

### Das Flugblatt der Opposition.

Dieser entscheidenden Niederlage folgte kurz darauf in Berlin die Veröffentlichung des unten folgenden Flugblattes. Von den Rednern der Opposition ist in späteren Versammlungen betont worden, daß das Flugblatt die Antwort auf die Ausschlußdrohung Bebels in der Versammlung vom 3. Juli sein sollte. Zur Verfasserschaft des Flugblattes hat sich bisher noch keiner der Anhänger der Opposition bekannt. Jedem Leser aber wird die Uebereinstimmung des Gedankeninhaltes des Flugblattes mit der vorstehenden Rede Wildberger's auffallen.

Das Flugblatt lautet:

E

### An die Sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins.

Motto: Erinnere Dich, mein Sohn,  
daß man begeißtet sein muß,  
um große Dinge zu vollbringen. St. Simon.

Eine Anzahl Genossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen, welche unter dem Sozialistengesetz keine Gefahren und Opfer scheuten, um die Ideen der Sozialdemokratie unter der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten, und denen, neben der siegreichen Macht dieser Ideen selbst, die heutige Stärke der Partei wesentlich zu verdanken ist, kann es nicht länger mit ansehen, wie der revolutionäre Geist dieser Bewegung seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.

Es wäre Verrath an der uns heiligsten Sache, wenn wir noch länger müßig zusehen wollten, wie die Diktatur jedes demokratische Denken und Fühlen erstickt — wie die ganze Bewegung immer mehr verflacht und schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist — wie die Revolution von der Tribüne des Reichstages herab feierlichst abgeschworen wird, und täglich alles geschieht, um einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Wenn Lassalle und Liebknecht damals Recht hatten, als sie von der Fortschrittspartei behaupteten, daß sie sich während der preussischen Konfliktzeit **totd geredet habe**, dann trifft dies auch heute wieder auf die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu.

Wir wenden uns mit diesem Flugblatt hauptsächlich an die überzeugten und zielbewußten Genossen, und erst in zweiter Reihe an Diejenigen, welche es nur dem Namen nach sind. Und da möchten wir die Ersteren hier gleich zu Anfang fragen:

„Wer von Euch fühlt heute noch diese glühende Begeisterung in sich angesichts der sogenannten Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge, welche uns vordem alle Hindernisse überwinden half und uns trotz unserer geringen Anzahl der Regierung und übrigen gesetzmachenden Gesellschaft oft so furchtbar erschienen ließ?“

„Aber“ — hören wir hier Manche sagen — „im Interesse der Partei **muß** jeder Genosse der Majorität sich unterordnen, auch wenn diese Majoritätsbeschlüsse der eigenen Ansicht schnurstracks entgegen stehn!“

**Diese Ansicht ist grundfalsch und muß schlechtl. zur politischen Korruption führen.**

Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich, auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande,

E

und haben sehr oft mit den Prinzipien der eigenen Partei nicht nur sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider, und ebnen so den Boden einer **Schwenkung nach rechts**, die leider von den Meisten erst dann bemerkt wird, wenn sie vor der vollendeten Thatfache stehen.

Der Sache selbst schadet man also nicht, wenn man die Parteileitung und die nach unserer Ansicht falsche und verkehrte Taktik der Partei bekämpft.

Die **Disziplin** wird bedingt durch die **Organisation**; über beiden aber muß für jeden Parteigenossen in erster Linie das Prinzip, die Idee des revolutionären Sozialismus stehen. In den meisten Fällen hat nun der Sozialismus und auch die Demokratie fast nichts gemein mit dem, was unsere Vertreter im Reichstage den herrschenden Klassen abdisputiren wollen, wie wir weiter unten beweisen werden.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch **revolutionäre und proletarische** gewesen, der gegenüber alle übrigen Gesellschaftsklassen als die „Eine reaktionäre Masse“ noch bis vor ganz kurzer Zeit von jedem Parteigenossen bezeichnet wurden.

Deshalb ist auch jeder Versuch, diese von **Natur rein proletarische Bewegung**, mit Rücksicht auf das mittlere und Kleinbürgerthum, weniger revolutionär erscheinen zu lassen, ein **Verrath an der Sache des Proletariats**.

Dieser Vorwurf kann durch keinerlei Gründe wie „Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen“ beseitigt werden, weil wir ganz genau wissen, daß in oben genannten Gesellschaftskreisen nicht die Ideen des demokratischen Sozialismus es sind — wenn sie überhaupt gepredigt werden —, welche den Bauer und Kleinhandwerker zc. bestimmen, bei der Wahl einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, sondern es entspricht einfach dem Interessenstandpunkt jener Leute, die sich bedrückt und geknechtet fühlen, und daher glauben, daß die Sozialdemokraten doch eigentlich weniger Rücksicht auf Regierung und Geldprokenthum zu nehmen brauchen und der Sozialismus vorläufig noch in weite Ferne gerückt sei.

Den Industriearbeitern und wirklichen Sozialdemokraten kann es demnach ziemlich gleichgültig sein, ob bei der Reichstagswahl in Hinterpommern 500 oder 1000 Stimmen für uns abgegeben werden; einmal, weil es falsch ist, die vorgeschrittene Arbeiterschaft auf die Befehring der zurückgebliebenen Länderstriche zu vertrusten, und zum andern, weil es ein Betrug wäre, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft mit Hilfe des Parlamentarismus, durch Majoritätsbeschlüsse die Sozialisirung der verschiedensten Klassen herbeizuführen sei.

Die soziale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat; in den Industriezentren, wo die Proletarisierung schon

seit 40 Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung.

**Freiwillig** werden die besitzenden Klassen niemals auf ihre Privilegien verzichten und so lange es eine besitzende Klasse giebt, wird es auch die nöthige Anzahl Knechte geben, welche auf Kommando bereit sind, für ihre Herren ihr Blut zu verspritzen.

Ein eben solcher Unsinns ist es auch, das Volk glauben zu machen, daß den Königen ihr Handwerk schließlich zu schwer werden könnte und dieselben eines Tages erklären würden, daß auch sie auf ihre Vorrechte freiwillig verzichten. Wo das bisher wirklich geschah, da geschah es zu Gunsten des Kronprinzen oder auch eines andern Bevorrechteten, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen und Hoffnungen zu erwecken, die sich niemals erfüllen.

Ebenso verhält es sich mit dem „Hineinwachsen“ der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat, der ohne jede Betriebsführung alsdann über Nacht nur proklamirt zu werden braucht und in England eigentlich schon heute proklamirt werden könnte. Diejenigen, welche solchen Blödsinn in die Menge schleudern, hätten wirklich kein Recht, von politischen Kindsöpfen zu sprechen und zu schreiben. **Sie selbst sind weit schlimmeres als das.**

Wir sind daher der Ansicht, daß es zu sich schon taktisch falsch ist, wenn eine Centralstelle die Haltung der Genossen an den verschiedenen Orten in allen Dingen zu bestimmen hat. Es ist ganz undenkbar, daß die Genossen in Berlin und andern Industriestädten, denen der Sozialismus schon seit 30 Jahren gepredigt wird, nur der Parteidisziplin wegen, in allen taktischen Fragen Rücksicht auf das zurückgebliebene Dorf und den an seine Scholle gefesselten Bauer zu nehmen gezwungen sind. Hier, wo der Kampf um's Dasein auf dem Schlachtfelde der Industrie täglich Hunderte von Menschenleben fordert, die durch Arbeitslosigkeit, Ueberanstrengung, Noth und Elend und alle damit verbundenen Begleitersehnungen langsam dahin siechen und vor der Zeit zu Grunde gehen — **hier rechnet man nicht**, — sondern man fühlt instinktiv, daß etwas anderes als bisher geschehen muß, wenn nicht Verzweiflung in den Reihen der bewährtesten Kämpfer platzgreifen soll.

Wir können auch nicht verstehen, daß alljährlich nationale und internationale Kongresse mit schweren Opfern zustande kommen, nur um die dort gefassten Beschlüsse bei der ersten Gelegenheit unter irgend einem Vorwand wieder umzustößen, wie dies mit der Wiener schon zweimal geschah und mit dem Verhalten bei Stichwahlen zc. schon öfter.

**Als die Partei noch jung war und nur aus Proletariern bestand, da wäre eine Taktik wie die heutige ganz unmöglich gewesen.**



Die einfache Thatsache, daß diese Taktik dennoch möglich ist, beweist schon allein, daß die Partei aus Elementen sich zusammensetzt und geleitet wird, die zum Theil ganz andere Ziele verfolgen, keinesfalls aber identisch sind mit jenen, die Gut und Blut ihrer Ueberzeugung zu opfern stets bereit waren und noch sind.

Was nun die Zweckmäßigkeit des Parlamentarismus betrifft, der heute das Mädchen für Alles ist, so deckt sich auch heute noch unsere Ansicht darüber mit der des Genossen Liebknecht, welche derselbe in seiner Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie“ festgelegt hat und die wir hier wörtlich folgen lassen.

In Bezug auf den Reichstag schrieb Liebknecht damals, es war im Jahre 1889, unter Andern folgendes:

„Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben. Den Reichstag können wir durch Reden nicht befehlen. Durch unser Reden können wir keine Wahrheiten unter die Massen werfen, die wir anderweitig nicht viel besser bereiten könnten. Welchen praktischen Zweck hat also das Reden im Reichstag? Keinen. Und zwecklos Reden, ist Thoren Vergnügen.

Nicht Ein Vortheil! Und nun auf der andern Seite die Nachtheile: Das Prinzip geopfert, der erste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarck'sche Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus praktischen Gründen parlamentiren? Nur der **Verrath** oder die **Kurz-sichtigkeit** kann es uns zumuthen.“

Und an einer andern Stelle schreibt Liebknecht:

„Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder andern Machtfrage.“

Damit vergleiche man nun die jämmerlichen Gesekentwürfe und die kläglichen Reichstagsreden, welche die Fraktion und Liebknecht mit, inzwischen verbrochen hat.

Auf was ist nun diese, für Jeden sichtbare Schwenkung zurückzuführen?

Die Führer sagen, daß sie bei ihrem Vorgehen Rücksicht auf das Kleinbürgerthum zc. zu nehmen gezwungen seien, um die Partei zu einer vollstümlichen zu machen und die breite Masse hinter sich zu haben. Wir aber sind der Ansicht, daß man mit dieser breiten Masse nur sich selbst und Andere täuscht. Die Masse wird im gegebenen Augenblick eben so rasch abfallen, wie sie gekommen ist, weil ihr nicht mehr wie Alles fehlt, was eine sozialdemokratische Gesellschaft befehlen muß. Die Masse kann schließlich Jeder haben, der es versteht, sich überall den Verhältnissen anzupassen, wie die antisemitische Agitation dies auf das Deutlichste beweist.

E

Deshalb ist auch die neue Taktik in dieser Hinsicht nichts weiter, als ein Kompromiß mit der Masse, auf Kosten des Prinzips.

Wir alle glaubten, daß nach Aufhören des Sozialistengesetzes und dem Einzug von 35 Sozialdemokraten in den Reichstag die Agitation prinzipieller betrieben und die Gesekentwürfe und Anträge unsererseits **weiter als bisher gehen müßten**, und das gerade Gegentheil trat ein.

Nach dem Entwurf unserer Fraktion soll der 8stündige Arbeitstag erst mit dem Jahre 1893 Gesetzeskraft erlangen, trotzdem auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 beschlossen wurde, daß der 8stündige Arbeitstag schon jetzt überall von der Gesetzgebung zu fordern sei. Wie verträgt es sich aber außerdem mit der Demokratie, daß der Reichstag im Jahre 1890 etwas beschließen und zum Gesetz erheben soll, was erst im Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangt? In unserem Programm fordern wir alljährlich Neuwahlen und halten es für unstatthaft, daß die jeweiligen Vertreter des Volkes irgend etwas festlegen, was erst zu einer Zeit zu Recht bestehen soll, wo unter Umständen bessere oder auch schlechtere, jebeifalls aber andere die Vertretung ausüben. Wie verträgt es sich ferner mit der Demokratie, wenn im Reichstage Seitens unserer Fraktion bei Berathung der Gewerbenovelle der Antrag gestellt wird, daß das Einbezügen verschiedener Gewerbe unter dieses Gesetz durch Kabinettsordre, also den Kaiser persönlich, geschehen soll, und nicht durch den Reichstag oder der Zustimmung desselben?

Auch das ist ein Zugeständniß an die Krone, welches sich von unserem Standpunkte durch nichts rechtfertigen läßt, auch dann nicht, wenn man Grund zur Annahme hätte, daß der Träger der Krone volksfreundlicher als die Volksvertretung selber wäre.

Feind des Militarismus in jeder Form, verließ sich dennoch Bebel im vorigen Jahre so weit, daß er der Regierung seine Unterstützung versprach, wenn sie in Anbetracht des rauchlosen Pulvers, anstatt der bisherigen blanken Uniform ganz schwarze Uniformen anschaffen wollte, was er später damit rechtfertigte, daß ja auch diese verminderte Treffsicherheit des Feindes den bei der Armee sich befindenden Genossen zu Gute käme. Wer so argumentirt, kann schließlich alles rechtfertigen. Auch die Junker behaupten, daß die hohen Getreidepreise dem landwirthschaftlichen Arbeiter an seinem Lohne und somit dem Volke zu Gute kämen. Wenn die Regierung etliche hundert Millionen zum Kasernen- und Festungsbau verlangt, dann behauptet auch sie, daß dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen würde und der weitaus größte Theil dieser verlangten Summen doch wieder in die Taschen der Arbeiter zurückfließe. Dasselbe behauptet der Zünftler, wenn es sich um öffentliche Arbeiten handelt, gleichviel welchem Zweck sie dienen.

5 E

Das höchste in dieser Beziehung leistete in den letzten Tagen der ehemals als radikal bekannte Abgeordnete v. Vollmar. Wenn die Regierung nun immer noch kein Einsehen hat und dem, mit unstreitig staatsmännischem Talent ausgestattetem Genossen den Marschallstab nicht verleiht, dann hat er sich sicher das erste Anrecht auf das zunächst frei werdende Minister-Portefeuil durch seine Münchener Rede vom Montag, den 1. Juni erworben. Nicht bloß die Nationalliberalen und Freisinnigen, auch wir haben jetzt unsern Staatsmann. Und da thut man noch empört, wenn wir von Korruption sprechen? Das Wort ist viel zu gut, denn die Handlungen Einzelner grenzen nahezu an Verrat.

So hat sich auch die Agitation gegen die Getreidezölle durch nichts von dem, wie die Freisinnigen die Aufhebung begründeten, unterschieden.

Mit keiner Silbe wurde der einzig richtige Standpunkt, den schon Karl Marx 1849 in seiner Brüsseler Rede vertrat, von unsern Abgeordneten erwähnt. Die Agitation zum Reichstag und allem, was damit zusammenhängt, welche bisher stets als Mittel zum Zweck betrachtet wurde, ist jetzt Selbstzweck geworden, und dies alles bloß, um das Einsperren eines sogenannten Arbeiterschutzes, das viel eher ein Schutzes der Unternehmer genannt zu werden verdient und durch den neu hinzugekommenen Kontraktbruchparagraphen all die sogenannten Vortheile, welche dem Arbeiter scheinbar aus dem übrigen Gesetz erwachsen, sechsfach wieder aufhebt.

Der praktische Erfolg steht also durchaus in gar keinem Verhältniß zu den Opfern, welche die Partei deshalb zu bringen verpflichtet ist. Nicht Unehrllichkeit werfen wir aber deshalb den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Macht-faktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletariatselend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.

Wer aber bis jetzt immer noch hoffte, daß die Latit sich bald ändern könnte, den dürften die Auslassungen Bebel's, sowie seine offene Kriegserklärung an alle diejenigen, welche in Zukunft nicht Ordre pariren, in der Feenpalast-Verammlung vom Freitag, den 3. Juli, eines Besseren belehrt haben.

Betreffs der allgemeinen Feier am 1. Mai wußte auch Bebel diesmal nichts weiter anzuführen, als daß jedenfalls in Folge dessen noch heute 10 000 keine Arbeit hätten, wenn die Fraktion nicht noch rechtzeitig erkannt, daß bei der eingetretenen Krisis eine Kraftprobe der Partei nicht angebracht sei. Verhält sich denn das aber wirklich so, oder leidet auch diese Ansicht an demselben Grundfehler wie alle übrigen oben angeführten Maßnahmen der Partei? Das Unternehmertum hat schon immer, wo es sich stark genug

E

fühlte und Zeit und Umstände günstig waren, fachgewerbliche und politische Organisationen der Arbeiter zu sprengen versucht und jeden überzeugungstreuen Arbeiter zu maßregeln verstanden, lange bevor der 1. Mai als ein gegen das Unternehmertum gerichteter Weltfeiertag vom internationalen Kongreß proklamiert war.

Wenn man aber zugiebt, daß das Unternehmertum stark genug ist, um bei einer derartigen Kraftprobe des Proletariats Hunderttausende von Arbeitern auf das Pflaster zu werfen, dann ist es sicherlich auch stark genug, unter den gleich günstigen Verhältnissen jede Beteiligung an dieser Demonstration überhaupt in gleicher Weise zu ahnden, auch wenn dieselbe auf einen Sonntag fällt, da die Bedeutung ja dieselbe sein soll.

Aber auch die Demokratie bekam von Bebel in dieser Versammlung einen so derben Faustschlag ins Gesicht, daß wir noch jetzt nicht begreifen können, wie ein Mann an einem Abend, ja in einer Stunde Alles das zertrümmern kann, was er seit 25 Jahren selber mit aufgebaut und in Wort und Schrift so tapfer und energisch vertrat.

Eine eigene Partei sollen diejenigen sich gründen, welche nicht hinfänglich mit allem einverstanden sind, was die Parteilender für gut befindet. Ist denn das nicht die Regierung in einer anderen Form? Glaubt denn auch Bebel heute schon, daß er die Unzufriedenheit wird beseitigen können, wenn er einige Wortführer dieser Unzufriedenen beseitigt?

Wir sind heute, was wir vor 10 und 15 Jahren schon waren, und werden auch in Zukunft dasselbe sein: überzeugte Sozialisten und wirkliche Demokraten.

Wir betrachten uns nach wie vor zur sozialdemokratischen Partei gehörig und lassen uns weder von den Leitern unserer Partei, noch von sonst jemand zu etwas drängen, was gegen unsere Ueberzeugung streitet.

Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gensdarmenmarkt noch mehrere Mittelstraßen, welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Trotzdem wir schließlich auch vor der äußersten Konsequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückschrecken würden, trotz aller demagogischer Verheißung und Unglückmeierei.

Wir erwarten aber auch von denjenigen Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, daß sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Versumpfung entgegen treten.

Dann wird auch die alte Begeisterung wiederkehren, welche die Thatkraft stählt und alle Schwierigkeiten überwinden hilft.

**Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!**  
Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete: Ernst Müller, Berlin, Schmidstr. 39. Gedruckt wurde es von O. Harnisch, in Firma Hugo Gintel, Neuenburgerstr. 30.

### Dritte Versammlung in Hensel's Lokal am 25. August 1891.

In der Versammlung des Wahlvereins des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, welche am 25. August in Hensel's Lokal in der Brunnenstraße stattfand, wurde obiges Flugblatt von Genosse Auer zur Sprache gebracht. Derselbe wandte sich besonders gegen die von der Opposition beliebte Kampfweise und führte er in dieser Beziehung aus: „Die Parteileitung denkt nicht daran, die Opposition, wenn solche vorhanden ist, zu unterdrücken oder die Kritik beschränken zu wollen. Was aber verlangt wird, das ist, daß jene Genossen, welche Anlaß zum kritischen Tadel zu haben glauben, mit ihren Wünschen offen heraus treten und jene Thatsachen, gegen welche sich ihr Widerspruch richtet, konkret bezeichnen. Statt aber in solcher offenen Weise aufzutreten, wie es sich unter Gesinnungsgenossen geziemt, ergeben sich die Redner der sogenannten Opposition entweder in allgemeinen, verschwommenen Redensarten und Behauptungen ohne Beweis, oder sie greifen zu dem demagogischen Auskunfts Mittel, sich den Gegner, wie sie ihn für ihre Bekämpfung gebrauchen, zu supponieren, um dann auf ihn loszuschlagen zu können. Dieses, schon unter politischen Gegnern verworfenliche, unter Genossen aber geradezu verächtliche Kampfmittel werde z. B. fortgesetzt in Anwendung gebracht bei der auf Seiten der Opposition eine so hervorstechende Rolle spielenden Frage über den Werth des Parlamentarismus. Immer und immer wieder versichern uns da die betreffenden Genossen, daß der Parlamentarismus allein nicht zur Verwirklichung der Endziele unserer Bewegung führen werde. Diese fortgesetzten Deklamationen, bei denen es nie ohne mehr oder minder geschickt geführte Seitenhiebe auf unsere Abgeordneten abgeht, müssen bei jedem weniger unterrichteten Genossen den Glauben erwecken, als gälte es innerhalb der Parteileitung als feststehendes Dogma, daß der Parlamentarismus das A und O unserer ganzen Bestrebungen sei. Diesen Glauben bei Ununterrichteten zu erwecken, kann auch nur der Zweck der betreffenden Redner sein. Und doch ist auch nicht einer unter denselben, der nicht ganz genau wüßte, daß ihre in diesem Punkte mit so vielem Pathos und Ausdauer vorgebrachten Tiraden rein in den Wind gesprochen sind, da auch nicht ein einziger Abgeordneter oder ein Mitglied des Parteivorstandes existirt, welches an die bekämpften Wunder des Parlamentarismus glaubte.“

Diesen Ausführungen trat der Sattler Börner in folgender Weise entgegen: „Die Opposition bekämpft den Parlamentarismus, weil sich dieser von der Revolution wie Wasser vom Feuer unterscheidet. Man legt auf die parlamentarische Vertretung ein viel zu großes Gewicht. In der Fraktion sitzen viele, die gar nicht im Stande sind, eine wirksame Propaganda

für uns zu machen. Es ist schade, daß diese Leute aus ihrem Beruf herausgerissen werden, wo sie etwas leisten könnten, während sie im Parlament nur ihre Zeit verschwenden, nichts nützen, der Partei aber sehr viel Geld kosten. Wenn die Regierung nicht bald Diäten für die Abgeordneten bewilligt, dann werden uns die Beträge, die wir dafür aufbringen müssen, noch auffressen. Die Fraktion hat hauptsächlich gar keine Macht im Parlament, und es ist eine Täuschung, anzunehmen, wir hätten im Reichstag das Sozialistengesetz überwunden. Das Ausnahmegegesetz ist von der Regierung fallen gelassen worden, weil es der Partei mehr genützt als geschadet hat. Die Opposition, die nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich Vertreter hat, arbeitet nicht um die Partei zu spalten, sondern zu ihrem Besten. Wir werden uns durch die brutale Unterdrückung der Opposition dem Anarchismus nicht in die Arme hegen lassen. Man kann durch den Lon, in dem man uns jetzt bekämpft, nur erreichen, daß wir uns zur Diskussion nicht mehr stellen, weil wir öffentlich geradezu als Lump hingestellt werden. Die Alten bleiben wir aber doch — und wir verstehen auch anders zu arbeiten.“

Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden und fand deshalb am 1. September Fortsetzung der Versammlung im Eis-keller statt.

### Vierte Versammlung im „Eiskeller“ am 1. September 1891.

In dieser Versammlung, zu der die Anhänger der Opposition aus ganz Berlin erschienen waren, führte Namens derselben speziell der Schriftsetzer Ernst das Wort. Derselbe erklärte zunächst, daß er der Verfasser des Flugblattes nicht sei, und fuhr dann fort: „Wir scheuen uns nicht, unsere Forderungen auszusprechen, und wer sie nicht kennt, der mag sie im Flugblatt nachlesen. Auer sagt, wir machen uns den Gegner erst zurecht, wie wir ihn gebrauchen. Das ist aber gerade Ihre Kampfweise, z. B. gegen den Anarchismus, dessen Vertreter Sie durch die Bank der Polizei-Spizelei bezichtigen, damit Sie nachher jeden Genossen, der nicht Ihrer Meinung ist, als Spitzel verdächtigen können. Um alle unsere Beschwerdepunkte festumgrenzt zu formulieren, wäre es nöthig, daß sich die Opposition organisirte; dann würden wir aber erstens aus der Partei hinausgeworfen werden, und zweitens könnten wir, die Opposition, zur Uebereinstimmung in unseren Forderungen nur durch Kompromisse gelangen. Kompromisse aber führen zur Phrasen. Auf die Frage, wer sich denn von den Abgeordneten so sehr für den Parlamentarismus begeistert habe, nenne ich z. B. Liebknecht, der vor 1½ Jahren im Kolberger Salon sagte, durch den Parlamentarismus wäre Alles zu erreichen. In dem Ausspruch Bebel's,

er werde der Opposition Gelegenheit zur Gründung einer eigenen Partei geben, zeigt sich eine solche Fülle von Diktatur und Unbulsamkeit, daß eine Gegendemonstration voll berechtigt war; in dem Augenblick mußte etwas geschehen, und es erschien das Flugblatt. Auer hat die Behauptungen des Flugblattes, daß der revolutionäre Geist der Bewegung durch die Führer erdödet werde, daß die Beschüsse mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande kämen u. s. w. bestritten. Nun hat aber Grillenberger im Reichstag gesagt, die Partei hätte nie auf dem Boden des Marx'schen Ausspruches von „der Diktatur des Proletariats“ gestanden, ohne daß die Fraktion Einspruch erhoben hat. Liebknecht spricht vom Hineinwachsen des gegenwärtigen in den sozialistischen Staat. Abg. Seine hatte im Magdeburger Geheimbundprozeß den traurigen Muth, zu erklären, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse. Beim Tode Kaiser Friedrichs ließ Grillenberger die „Fränkische Tagespost“ mit einem Trauerband erscheinen. Das „Volksblatt“ brachte ebenfalls einen byzantinischen Artikel über Kaiser Friedrich, und ich bitte Auer, zu sagen, wer der Verfasser ist. Wird das demokratische Denken nicht erstickt durch Nebensarten, wie sie Nebel gebrauchte, von den „ersten Söschchen“ Müller gegenüber und durch Drohungen, wie „wenn ich nur erst zu Hause bin!“ Wille gegenüber? Rücksicht auf andere Gesellschaftskreise hat Auer selbst mit seinem Antrag, vorläufig erst den 10stündigen, dann den 9stündigen und erst von 1898 ab den 8stündigen Arbeitstag zu verlangen, geübt. Auer nennt die Kritik des Flugblattes verläumberisch und gemein, und doch heißt es in diesem: „Nicht Unehrllichkeit werfen wir den Führern vor, sondern alszu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Nachfactoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierleben.“ Ja wohl, während Sie sich in oratorischen Leistungen ergehen, hören wir den Verzweiflungsschrei des verhungerten Volks! Liebknecht, Auer und Fischer haben erklärt, hinter der Berliner Opposition stecken 4—5 unehrbliche Elemente. Ich verlange Auskunft, wer diese sind, aber auch klipp und klar. Bis zum Gegenbeweis halte ich diese Behauptung für verläumberisch. Wir machen Opposition zum Besten der Partei; wenn wir keine machten, würden wir unsere persönlichen Interessen besser gewahrt haben. Heute nimmt sich jeder Schafskopf das Recht, uns anzurempeln. Grillenberger sagte, die Berliner Opposition werde von jungen Schriftstellern hervorgerufen, die bei andern Zeitungen keine Stelle fänden, die vielleicht früher zu Dynamit-Attentaten aufgefordert hätten und heute journalistische Spaltungen hervorruhen. Liebknecht nannte im dänischen „Sozialdemokrat“ die Opponenten „räudige Schafe“. In Hamburg ist von Dammann ein Flugblatt herausgegeben, das

E

die Opposition mit ganz gemeinen Schimpfnamen belegt. Die Kampfesweise mit Verläumdungen wird also nicht von uns, sondern von denen praktizirt, die sie uns vorwerfen. — Wir warnen, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen! Durch Bergewaltigung der Opposition werden Sie uns nicht dahin bringen, unsere Meinung fallen zu lassen; Sie werden sich nur einen Hofstaat von eflen Feuchlern und Schwindlern im eigenen Lager groß ziehen; die ganze Korruption, mit der das Herrschertum verbunden ist, wird kommen. Und dann haben Sie die Partei so weit, — wie sie unsere Gegner wünschen.“

Auch in dieser Versammlung konnte die Diskussion nicht abgeschlossen werden und fand deshalb eine weitere Versammlung am 9. September in Kolberg's Salon statt.

### Fünfte Versammlung in Kolberg's Salon am 9. September 1891.

Zu dieser war die Opposition ebenfalls zahlreich erschienen, und sprach zunächst Feder, welcher erklärte: „Wenn persönliche Zwistigkeiten vorhanden seien, so trage die Parteileitung daran die Schuld. Die Opposition verlangt ein schärferes Vorgehen; nicht mit Bitten um einige Brosamen, wie in der Stadtverordneten-Versammlung (stürmische Unterbrechungen), sondern mit Forderungen an die herrschenden Klassen soll hervorgetreten werden. Die Opposition als solche kann Ihnen nicht sagen, was sie will; ist sie denn organisiert? Aber die einzelnen Redner sagen Ihnen ja, was sie wollen; greifen Sie da doch das Beste heraus!“

Nach Feder nahm das Wort Wildberger: Ich habe nicht, wie mir von Auer untergelegt worden ist, aus Ehrgeiz oder um Reichstags-Abgeordneter zu werden, kandidirt, habe vielmehr zweimal vorher die Kandidatur abgelehnt. Daß ich über den Parlamentarismus schon früher so wie heute dachte, kann mir der Genosse Reichhagen-Orfurt bestätigen, mit dem ich früher sehr befreundet war, aber wegen unserer verschiedenen Anschauungen über die Taktik auseinander gekommen bin. Wäre ich gewählt worden, ich hätte ganz bestimmt in der Fraktion denselben Standpunkt wie heute hier vertreten. Zu dem Arbeiterschuß-Gesetzentwurf wie er zu Stande gekommen ist, hätte ich meine Unterschrift nicht gegeben, sondern energisch dagegen protestirt. Ich weiß, daß sieben Achtel von der Fraktion den Entwurf vorher nicht zu Gesicht bekamen, auch Verschiedenes nicht unterschrieben hätten, wenn er vorher diskutirt worden wäre. Auf unserer Seite stand früher auch der Abgeordnete Albert Schmidt — es giebt noch mehr Leute, die heute im „Vorwärts“ thätig sind, die früher unsere Forderungen mit vertraten — und dieser selbe Albert

E

Schmidt erklärte nachher in Halle, er kenne die Berliner Opposition ganz genau und müsse das Urtheil der Neuner-Kommission gegen Werner als so objektiv und gerecht wie möglich anerkennen! Er war doch mitgetroffen; er hatte alle diese „Dummheiten“ mit Werner am eifrigsten vertreten. Zu solchen Leuten gehöre ich nicht. Weil ich nicht will, daß das bishige Charakter, was bei unseren Leuten noch vorhanden ist, zum Teufel geht, darum kämpfe ich. Gerade weil ich wußte, wie stark der auf den Einzelnen im Interesse des Ansehens der Partei, des Stimmzuwachses u. s. w. ausgeübte Druck in der Fraktion ist, lag mir nichts an dem Mandat. In der Zeit vor der Stichwahl unterbreitete mir der von Liebknecht in Halle erwähnte Felgentreff ein Flugblatt des konservativen Parteivorstandes; wenn ich damit einverstanden sei, sei meine Wahl so gut wie gesichert. (Redner verliest das Flugblatt, welches Munkel gegenüber den „Volksmann“ Wildberger, den Kandidaten der Volkspartei, den Angehörigen einer Partei, die auf dem durch die kaiserliche Botschaft angedeuteten Wege sich befinde, empfiehlt.) Ich habe die Zustimmung abgelehnt und bin nicht gewählt worden. Wie sieht es denn mit der Geltendmachung der Forderungen unseres 1875er Programms aus? Hat die Fraktion irgend einen Schritt gethan, um die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk“ geltend zu machen, hat sie die Verfassungsartikel, die das hindern, zu streichen versucht? Das Programm verlangt Abschaffung der stehenden Heere. Auch da ist nicht geschehen, was geschehen mußte, wenn diese Forderung nicht bloße Phrase sein soll. Gleichviel, ob man es durchsetzen kann oder nicht, aber gerade diese Punkte hätten gewählt und dadurch das Volk aufgerüttelt werden müssen. Rechnen Sie bloß mit dem, was Regierung und Parteien zu geben im Stande sind, so unterscheiden Sie sich in nichts von der Volkspartei und den Deutschfreisinnigen. Eine solche Agitation kann keine Früchte tragen, man braucht ja nur daran zu denken, wie wenig man in der Konfliktzeit sich um die Wünsche der fortschrittlichen Volksvertretung gekümmert hat. — Man will der Opposition nicht Recht geben aber man lenkt schon ein (Auf: Na, na!). In der „Neuen Zeit“ erklärt Bebel selbst, man sei jetzt mehr prinzipiellere Anträge im Reichstage zu stellen verpflichtet. Durch uns ist hier also doch etwas erreicht worden. (Sehr richtig! und stürmischer Widerspruch.) Kein Verbrechen ist so groß als das, einen ehrlichen Menschen zum Lumpen zu stampeln. Ich erinnere nur an den Buchhändler Rohmann. Daß das von Auer der Opposition gegenüber mit Absicht geschieht, solche Schlechtigkeit traue ich ihm nicht zu. Ich erwarte aber von ihm unter allen Umständen, daß er sagt, wer die unehrlichen, unsauberen Elemente sind. Ich will es ganz genau wissen; soweit ich die Opposition kenne, sind es alles gebiente Genossen, keine Kapitals-

Söldlinge, keine Volkzeispigel. Will man darauf hinaus, daß dieser oder jener der Partei etwas schuldet, so könnten wir bedeutend mehr auspacken. (Aufe: Heraus damit!) Nein! (Aufe: Pui! und große Erregung.) Sie wollen es, ich werde es thun. Ich kenne einen Reichstags-Abgeordneten, dem hat man im letzten Winter 3000 oder 5000 Mark gegeben, um seine Schulden zu bezahlen. Wollte die Partei eine solche Summe für die Oppositionellen aussetzen, alle Schulden derselben, welche dieselben an die Partei haben, wären damit bezahlt. Jener Abgeordnete hat im Dienste der Partei seine Existenz nicht halten können und stand vor dem Bankrott. Die Partei zahlte mit der Kalkulation, daß eventuell die Behauptung des betreffenden Reichstagsitzes bedeutend mehr kosten könnte. Ist solches geschehen, so soll man die anderen nicht öffentlich brandmarken. (Aarm.) Für die Parteipresse hat man in der Parteileitung keinen Groschen übrig, man läßt die Leute zappeln und zu Grunde gehen, haben sie sich aber eine Position errungen, dann egyptoprirt man sie. Gerade die Leute, die ich ganz genau kenne in Süddeutschland, die mir jeden Tag ins Gesicht versicherten, ich sei zu ehrlich für „diese Leute“, kommen jetzt mit gemeinen Verdächtigungen. Wenn Auer mir nicht die vier oder fünf unsauberen Elemente nennt, von welchen Liebknecht sprach, so nehme ich an, er weiß keinen und hat dieses Mittel nur gebraucht, um vor der Opposition graulich zu machen: und ich muß dann diese kolossale Verdächtigung für eine ehrlose Verkümdung erklären!“ (Beifall und Zischen.)

Neben Wildberger sprachen in dieser Versammlung von der Opposition u. A. besonders noch Schriftsetzer Ernst und der Buchdrucker Werner. Ersterer erklärte, daß das Flugblatt in der Erregung, aber um durch dasselbe der Partei zu nützen geschrieben worden sei. Wilhelm Werner aber meinte: „Hier ist so viel von einem anarchistischen Klub die Rede. Die heutigen Schuppen-träger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmaroken sollen, die schon glauben, ihr Wagen würd gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die vermeichliche Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen.“ Von der Parteileitung trat Auer den Herren von der Opposition entgegen. Derselbe brachte besonders die angegriffenen Zeitungs-Artikel, Reichstags-Reden zc. zur Verlesung, um dadurch die Genossen in die Möglichkeit zu versetzen, sich ein Urtheil zu bilden. Er er-

Härte, daß er unter den „unsauberen Elementen“ die Verfasser und Verbreiter des Flugblattes verstehe, in dem behauptet werde:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.
2. Die geübte Diktatur ertödt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflucht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Die Revolution wird von der Tribüne des Reichstags feierlichst abgeschworen.
5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungs-Anträge sei die Begeisterung unter den Genossen verfliegen.
7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.
9. Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten.
10. Es sei **Betrug**, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung der verschiedensten Klassen möglich sei.
11. Es sei ein **Unikum**, dem Volke glauben zu machen, den Königen werde ihr Handwerk schließlich zu schwer.
12. Das Reden vom Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat sei ein **Widwimm**. Die solches sagen sind selbst weit schlimmeres als politische Rindsköpfe.
13. Das Flugblatt redet von jämmerlichen Gesezenthwürfen und kläglichen Reichstagsreden und einer „sichtbaren Schwenkung“.
14. Die neue Taktik ist ein **Kompromiß** mit der Masse auf Kosten des Prinzips.

Das also sind die Vorwürfe, welche uns das Flugblatt macht; und nachdem wir des Betrugs und Verraths an der Partei und dem Proletariat beschuldigt werden, wollen sich die Verfasser mit der Wendung vor der Verantwortung salviren, daß sie schreiben:

„Nicht Unehrllichkeit werfen wir aber den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.“

Ist das nicht elende Heuchelei, welche nur übertroffen wird durch die Freigebigkeit, welche dahinter steckt? Und diese Verleumdungen werden.

E

gegen Männer geschleudert, wie Bebel und Liebknecht, die in Vertretung der Partei- und Proletarierinteressen mehr Jahre im Gefängniß zugebracht haben, als manche der Verbreiter des Flugblattes überhaupt erst zur Partei gehören“. (Stürmischer Beifall und Unterbrechung.)

Dem Abgeordneten Grillenberger wird von der Opposition vorgeworfen, er habe von der Tribüne des Reichstags herab die Revolution abgeschworen.

Die betreffenden Stellen der Rede Grillenberger's lauten nach dem Stenographischen Bericht, Seite 1805, der 77. Sitzung vom 28. Februar 1891:

„Herr Dr. v. Bennigsen hat, um dem Herrn Reichskanzler zu sekundiren, auch gesagt, es scheine uns mit unserer reformatorischen Thätigkeit nicht so recht ernst zu sein, weil der hervorragendste Gelehrte, den die Sozialdemokratie aufzuweisen hat, der verstorbene Karl Marx, sich in dem jüngst bekannt gewordenen Brief dafür erklärt habe, daß als Uebergangsstadium von der kapitalistischen zur sozialdemokratischen Gesellschaft eine Diktatur des revolutionären Proletariats eintreten müsse. Aber Herr Dr. v. Bennigsen hat beizufügen vergessen, daß die sozialdemokratische Partei sich diesem Programm-Vorschlag von Marx nicht gefügt hat. Marx war ja gerade darüber ungehalten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihre programmatischen Bestimmungen so zurechtgelegt hat, wie sie es für die deutschen Verhältnisse für richtig hielt und daß infolge dessen von einer revolutionären Diktatur des Proletariats bei uns niemals die Rede gewesen ist. Gerade das, was man uns als Anerkennung zu Theil werden lassen sollte, daß wir nicht mir nichts dir nichts „Dobro pariren“, wenn uns von auswärts her ein uns nicht genehmes Programm zugemuthet wird, das wird hier gegen uns vorgebracht! Das genirt uns allerdings nicht, wir werden unsern Weg, wie bisher, ruhig weiter gehen und uns darin nicht stören lassen, wenn bei Begründung jedes neuen Gesetzes der Herr Reichskanzler auftritt und darauf hinweist, daß hier eine große soziale Gefahr vorhanden sei, und daß man bereit sein müsse, sie niederzustoßen.“

Weiter sagte Grillenberger in derselben Sitzung — f. S. 1810 des Berichts —:

„ . . . . Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat mich provoziert, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Obwohl ich nun der Meinung bin, daß ich gestern und heut klar genug nach jeder Richtung hin gesprochen habe, so stehe ich doch nicht an, seinen persönlichen Anforderungen in einer persönlichen Entgegnung zu entsprechen. Ich habe mich mit aller Energie, Herr Dr. Windthorst, und ohne jeden Rückhalt gegen eine gewaltsam durch uns herbeizuführende Revolution ausgesprochen.

E

Das Marx'sche Programm betreffend habe ich nicht gesagt, daß wir die Marx'schen Anschauungen im Allgemeinen zurückgewiesen hätten, sondern nur die in seinem Briefe enthaltenen Rathschläge. Ein Appell an die Gewalt oder eine Verherrlichung der Gewalt ist in jenem Briefe nicht enthalten."

Außer der in den vorstehend wiedergegebenen Ausführungen angeblich enthaltenen „Wißthümung" wird dem Abgeordneten Grillenberger noch zum Vorwurf gemacht, daß die von ihm damals redigirte „Fränkische Tagespost" gelegentlich des Todes Kaiser Friedrichs mit einem Trauerrand erschienen sei. Diese Behauptung ist ebenfalls falsch. Die „Fränkische Tagespost" hob die Todesnachricht nur dadurch im Blatte hervor, daß sie dieselbe — wie die gesammte Presse — an der Spitze brachte und sie am Anfang und am Ende mit ein paar Querleiten versah.

Der von Auer bei demselben Anlaß geschriebene Artikel des „Berliner Volksblatt", welcher ebenfalls als Beweistück für den in der Partei sich breit machenden Byzantinismus angeführt wird, hat folgenden Wortlaut:

### † Kaiser Friedrich.

Die lang erwartete Katastrophe ist eingetreten: Kaiser Friedrich weilt nicht mehr unter den Lebenden.

Er fiel einer furchtbaren Krankheit zum Opfer, gegen welche die medizinische Wissenschaft kein Heilmittel kennt, und die nur mit dem Tode endet. Ein tragisches Geschick muß auch jene auf das Tiefste berühren, die im Kaiser wie im Bettler nur den Menschen sehen.

Noch vor wenigen Monaten konnte man das stolze Bild von den „vier Kaisern" in allen Schauenspielen unserer Kunsthandlungen sehen. Heute hat der Tod zwei davon aus dem Leben gerissen, den Vater im höchsten Greisenalter, den Sohn in der Vollkraft des Mannes.

Die Vergänglichkeit alles Irdischen gilt für den im Palast Geborenen ebensogut, wie für den, dessen Wiege in der Hütte stand. Vor dem Tode heißt es heute schon: Gleichheit für alles, was Menschenantlig trägt. —

(Hier folgt ein kurzer Lebensabriß des Verstorbenen.)

Wir haben uns nie zu dem Glauben bekannt, daß die Geschichte ganzer Völker von den Thaten und Tzupulsen einzelner Männer abhängig seien und der Tod oder das Leben eines Einzelnen — und mag derselbe noch so hochstehend sein — wird von uns nie als ausschlaggebend für die Gestaltung und Entwicklung unseres Volkslebens betrachtet werden. Gewiß vermag der Einzelne den Ereignissen seinen Stempel aufzudrücken, aber nur dadurch, daß er sich denselben anschließt und, indem er sich den Anschein giebt, dieselben zu beherrschen, sich von ihnen tragen läßt.

Die Geschichte nimmt ihren ehernen Lauf, und ob der Einzelne dabei an die Oberfläche getragen wird, und ob die gaffende Menge

F

glaubt, in diesen Einzelnen die Leiter und Lenker der Schicksale der Menschheit erblicken zu müssen, das ändert nichts an der That- sache, daß ohne Alexander und Cäsar, ohne Cromwell und Danton, ohne Napoleon und Bismarck die Menschheit in ihrer Entwicklung genau an derselben Stelle wäre, wo sie heute ist, nicht weiter vor, aber auch nicht weiter zurück. Die zeitgeschichtlichen Vorgänge schaffen die „großen Männer" — nicht umgekehrt.

Wir können deshalb auch nicht mit jenen übereinstimmen, welche angefaßt der aufgeschlagenen Tobtenbahre im Kaiserpalast sich in den düstersten Prophezeiungen über Deutschlands Zukunft ergeben.

Wir glauben gern, Kaiser Friedrich war ein milder und humaner Mann, der von seinem Standpunkte aus sicherlich von den besten Absichten für das Wohl der Nation durchdrungen war. Er stand modernen Anschauungen nicht grundsätzlich feindlich gegenüber und war in seinen Ansichten so liberal, wie es in der heutigen Zeit ein Fürst seines Stammes und seiner Erziehung nur sein kann. Dennoch aber glauben wir, daß in Deutschland ein wirklich liberales Regiment nur möglich ist, wenn das Volk selbst in seiner großen Mehrheit ein solches verlangt. Wenn dies aber der Fall ist, dann wird, dann muß dem Volke sein Wille werden.

Jedes Volk wird regiert, wie es verdient regiert zu werden. Will das Volk mit dem Sphem, das mit den Namen Hring- Nahlow, Naporra, Schröder für ewige Zeiten gebrandmarkt ist, brechen, dann hat es die Mittel dazu in den Händen.

Nicht der Einzelne, sondern das Volk in seiner Gesamtheit macht Geschichte. So wenig wir uns deshalb auch lossagen möchten von dem Gefühle menschlichen Bedauerns mit dem tragischen Schicksal, dessen Opfer der verstorbene Kaiser geworden ist, so wenig möchten wir uns doch jenen anschließen, welche mit dem Kaiser die Hoffnung auf eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands in absehbarer Zeit zu Grabe getragen glauben. Wer so denkt, der hat den Glauben an den guten Geist der deutschen Nation verloren, er mag aus der Reihe der Kämpfenden austreten und jener Platz machen, die entschlossen sind, das Banner der Freiheit und Gerechtigkeit auch unter Sturm und Gefahr zum Siege zu tragen.

Gewiß wird jeder aufrichtige Volksfreund wünschen, daß die Entwicklungsgeschichte der Menschheit sich möglichst in glatten Bahnen bewege und die gewalttamen Zusammenstöße und Explosionen vermieden werden. Wir begrüßen es deshalb freudig, daß der verstorbene Kaiser in seinem Manifest an das deutsche Volk seiner Friedensliebe einen so unzweideutigen Ausdruck gab, und daß dieser Versicherung innerhalb wie außerhalb Deutschlands voller Glaube und uneingeschränktes Vertrauen entgegen gebracht wurde. Es lag in diesem Vertrauen die beste Bürgschaft für den Frieden.

In Kaiser Friedrich wird ein Mann des Friedens begraben, möchte nach ihm bald jener Chauvinismus verschwinden, den wir früher an unseren Nachbarn jenseits des Rheins so bitter tadelten und der heute immer weitere Kreise unseres Volkes zu erfassen droht.

Von dem entschlafenen Monarchen sagte man, daß derselbe, den entschiedenen Willen hatte, den Druck der Ausnahmegesetzgebung,

E

der auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands nunmehr schon seit 10 Jahren lastet, wenigstens zu mildern, wenn nicht zu beseitigen. Ob das wirklich in der Absicht des Verstorbenen lag, wir wissen es nicht. Immerhin aber wird es in der Erinnerung der deutschen Arbeiter bleiben, daß unter der Regierung Kaiser Friedrichs jener Minister gehen mußte, mit dessen Namen die härtesten Maßregelungen gegen die Arbeiterschaft verbunden waren.

Wenn deshalb die Theilnahme an dem ungemein traurigen Geschick des verstorbenen Kaisers auch in jenen Arbeiterkreisen, welche nicht ihren Stolz darin erblickten, Fürstendiener zu sein, eine allgemeine ist, so erklärt sich dies einmal aus dem Mitgefühl, das jeder nicht durch und durch verrohte Mensch empfinden muß, angesichts eines Martyriums, wie es Kaiser Friedrich erduldet hat. Dann aber gilt diese Theilnahme allerdings auch dem Politiker, der, obwohl den Tod im Herzen fühlend, doch noch die Kraft fand, dem System Kuttamer den Todesstoß zu versetzen. Dieser Todesstoß aber ist erfolgt, mag auch die nächste Zukunft bringen, was sie will.

Wir möchten nicht schließen, ohne unsere Theilnahme zugleich der Frau auszusprechen, die als treue Gattin in unermüdlicher Sorge den Todttranken gepflegt und ihm in schwersten Stunden eine ne verlagende Stütze war. Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palaß oder in der Hütte begegnet. Ihm sei unsere Achtung und Huldbigung gebracht.\*

Als ein dritter Beweis für die Verleugnung demokratischer und republikanischer Grundsätze seitens der Fraktionsmitglieder wird eine angebliche Aeußerung des Abgeordneten Aug. Heine gelegentlich des großen Geheimbundsprozesses in Magdeburg im Jahre 1887 angeführt.

Der Abgeordnete Heine befand sich unter den Angeklagten und bei seiner Vertheidigung soll er sich, nach der einen Darstellung, darauf berufen haben, daß er bei seiner Wahl 1884 ein „Flugblatt habe verbreiten lassen, in welchem er sich für die Grundsätze der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ausspreche“.

Nach einer anderen, ebenfalls von der Opposition ausgehenden Darstellung soll Heine sich nicht auf ein früheres Flugblatt berufen, sondern im Laufe seiner Vertheidigung erklärt haben, „daß er kein so gefährlicher Umstürzler sei, wie es der Staatsanwalt darstelle, sondern, daß er (Heine) auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stehe“.

Was das vorerwähnte Flugblatt betrifft, so enthält dasselbe nur eine einzige Stelle, in welcher von der kaiserlichen Botschaft die Rede ist; diese Stelle aber lautet:

„Er (Heine) wird die sozialen Reformgesetze, welche auf Grund des kaiserlichen Erlasses dem Deutschen Reichstage von der Reichsregierung vorgelegt werden, gewissenhaft prüfen, und, wenn dieselben sich als zum Heile des Volkes, der Handwerker

E

und Arbeiter erweisen sollten, annehmen, wird jedoch allen dem, was des Volkes Rechte und Freiheiten gefährden könnte, entschieden entgegenzutreten.“

Ob Heine in der Gerichtsverhandlung behauptet hat, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft zu stehen, darüber gehen die Mittheilungen auseinander. Heine selbst bestritt es auf das Entschiedenste und will sich nur in dem Sinne ausgesprochen haben, wie dies in dem Flugblatte geschah. Dasselbe bestätigt der Vertheidiger in dem angeführten Prozesse, Genosse Rechtsanwalt Freudenthal in Berlin. Dieser behauptet, Heine habe, wenn man sich gegenwärtig halte, daß er auf der Bank der Angeklagten mitsaß, und daß der Staatsanwalt den „rothen Lappen“ mächtig schwenkte, nichts gesagt, was ein Genosse unter solchen Verhältnissen nicht sagen durfte.

Gegen Heine zeugen eine Anzahl seiner Mitangeklagten, welche sich speziell auch auf den Bericht über die Gerichtsverhandlung in der „Magdeburger Zeitung“ und dem „Neuen Tageblatt“ berufen. Die betreffende Stelle dieses Berichtes der beiden sozialistenfeindlichen Blätter lautet:

„Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Magdeburg, August Heine aus Halberstadt, der Theilnahme an der Verbindung angeklagt, hat Anfangs jede Auskunft verweigert, erklärt sich aber bereit, jetzt die verlangte Auskunft geben zu wollen. Aus der ziemlich umfangreichen Rede heben wir das Wesentlichste hervor: „Im Jahre 1884, kurz vor der Wahl, ward mir die Kandidatur für Magdeburg angeboten; ich acceptirte jedoch nur unter der Bedingung, daß ich eine event. gleichzeitige Wahl in Halberstadt annehme. Ich wurde nun hier bekanntlich mit Hilfe der Konservativen gewählt, denen ich speziell empfohlen wurde vom hiesigen Polizei-Präsidenten Dr. v. Arnim und dem Polizei-Inspektor Krieter. Ich erklärte damals in einem Flugblatt, ich stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft und stehe noch heute darauf.“

Wie weit dieser Bericht als ein Beweis dienen kann, muß den Lesern überlassen bleiben. Bemerkt sei hier nur, daß die „Hilfe der Konservativen“ damals unseren Genossen aus Haß gegen den Freisinn gewährt wurde. Weder unsere Genossen in Magdeburg noch Heine selbst haben irgend einen Schritt gethan, um sich der Hilfe der Konservativen zu verschern.

Damit sind die Beweisstücke, auf welche sich die Opposition beruft, erschöpft.

Angefügt mögen hier noch werden Aeußerungen, welche am 22. September in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises gelegentlich der Wahl von Delegirten zum Parteitag fielen. Dort erklärte Wildberger:

E



„Durch Anträge, die auch das Zentrum stellen kann, hat die Partei den revolutionären Boden in der That verlassen. Damit unterscheidet sie sich faktisch nicht mehr von den Possibilisten, die man noch vor zwei Jahren vom Pariser Kongreß ausgeschlossen hat. Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich seit der Feenpalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unflätigen Schimpfereien ergoht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammen-gesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deutlicher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie verwerflich der Parlamentarismus von der pekuniären Seite ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts, weil wir von vornherein wissen, daß wir doch verurtheilt werden. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus.“

In demselben Sinne, wie hier Wildberger, haben sich eine Anzahl anderer Redner der Opposition über den Parteitag ausgesprochen. Besonders bei Gelegenheit der Versammlungen zur Wahl der Delegirten erklärten, dem Beispiele Wildberger's folgend, mehrere Anhänger der Opposition, welche als Delegirte in Vorschlag gebracht worden waren, auf direktes Befragen, daß sie zwar das Flugblatt nicht verfaßt, daß sie aber auf dem Boden desselben stehen, und daß sie nur das Eine an demselben auszusetzen haben, daß die Sprache noch lauzg nicht scharf und rücksichtslos genug sei. In einem eventuellen zweiten Flugblatt werde man noch ganz anders auftreten müssen.

Diese Erklärung gaben speziell in der Versammlung des Wahlvereins im V. Berliner Reichstagswahlkreis der Redakteur Richard Baginski und der Hausdiener Lamprecht ab.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu machen, glauben wir in der vorliegenden Zusammenstellung den Delegirten doch alles dasjenige Material zu unterbreiten, das sie bedürfen, um sich ein erschöpfendes Bild über das Auftreten der Opposition und die von derselben vorgebrachten Beschwerden und Anklagen bilden zu können.

Berlin, den 8. Oktober 1891.

**Der Partei-Vorstand.**

E

## Protokoll.

Vorversammlung: Mittwoch, den 14. Oktober, Abends  
7 Uhr, im Kaiserjtaal.

Die Delegirten aus allen Gauen Deutschlands trafen zwischen 6 und 7 Uhr in den festlich geschmückten Räumen des Versammlungslokals ein. Der große Saal ist mit rothen Schildern decorirt, auf welchen sich Sinnprüche unserer Partei befinden. Von den Wänden flattern rothe Fahnen in den Saal. Von der Decke walt ein mächtiges rothes Banner in den Saal hinab. Ueber der Tribüne prangt in weithin sichtbarer Inschrift das Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ und „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll!“

Die Verhandlungen werden um 7 Uhr 10 Minuten vom Genossen Singer mit folgender Ansprache eröffnet:

„Im Auftrage der Parteileitung eröffne ich die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und heiße die aus allen Gauen des Reiches zahlreich herbeigeitenden Delegirten herzlich willkommen. Wir haben auf dem bevorstehenden Parteitage eine Reihe ernster, wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Während es sich im vorigen Jahre auf dem Parteitage in Halle darum handelte, nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine neue Organisation für die Partei zu schaffen, eine Organisation, welche die Partei in den Stand gesetzt hat, in energischer und erfolgreicher Weise ihre Prinzipien zu vertreten, für ihre Ideale zu kämpfen, werden wir auf diesem Parteitage uns damit zu beschäftigen haben, uns ein neues Programm zu geben, welches wissenschaftlich unanfechtbar unsere Forderungen in klarer und allgemein verständlicher Form zum Ausdruck bringt und gleich dem bisherigen Programm uns ein Leitern im Kampfe, ein Führer zum Siege sein wird. (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie Deutschlands auf diesem Parteitage zu erfüllen hat, gelöst werden, wie es der Würde und der Ehre der Partei entspricht. (Bravo!) Ich darf die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß, wie auch immer in einzelnen Fragen die Ansichten der Parteigenossen auseinander gehen mögen, die Geschlossenheit und Einigkeit

der Partei auch hier auf dem Parteitage zu machtvoller Ausdruck gelangen und einen glänzenden Triumph feiern wird. (Lebhafte Zustimmung!) So wie die Solidarität des Proletariats aller Länder sich in Brüssel siegesverheißend manifestiert hat, so werden auch unsere Beratungen einzig und allein den Interessen der Arbeiterklasse, der Befreiung des Proletariats gewidmet sein. Wir können um so hoffnungsvoller in unsere Verhandlungen eintreten, als die letzten Wochen und Tage uns wiederum den Beweis gebracht haben, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft ihre Siege zu erringen weiß. Unseren Parteigenossen in Baden haben vor wenigen Wochen sich die Ehre des sächsischen Landtags erschlossen; den meinungstrennen Genossen ist es gelungen, einen Sozialdemokraten in den Landtag zu entsenden, und die aus dem Wahlkampf direkt auf den Parteitag kommenden sächsischen Genossen bringen uns die Nachricht, daß unsere Partei gestern in heißer Wahlschlacht schöne Siege erfochten hat; wir haben den Besitzstand von 4 Mandaten gewahrt und 3 neue Mandate erobert, und wir können die erfreuliche Thatfache berichten, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 13 500 im Jahre 1885 gestern auf 34 000 gestiegen sind. (Bravo!)

Die sächsischen Delegirten bringen dem Parteitage als Grupp der wackeren sächsischen Genossen ein Mehr von 20 000 sozialdemokratische Stimmen für den sächsischen Landtag mit, und ich meine, wir dürfen dies als ein gutes Zeichen betrachten, und sicher sein, daß wenn die Sozialdemokratie zum Kampfe aufgerufen wird, sie den Sieg an ihre Fahne heftet. (Bravo!)

Ich habe nicht nöthig, die Parteigenossen daran zu mahnen, sich der Pflichten, die ihnen der Parteitag auferlegt, bewußt zu bleiben. Wir wissen, daß die Augen der ganzen Welt jetzt nach diesem Saal gerichtet sind. Wir werden den Beweis liefern, daß die Hoffnungen, welche die Gegner auf diesen Parteitag setzen, zu Schanden werden; wir werden aber auch den Beweis liefern, daß innerhalb unserer Partei, bei voller Freiheit der Meinungsäußerung, an dem sozialdemokratischen Prinzip, an der Verpflichtung, sich den Beschlüssen der Majorität unterzuordnen und zu fügen unverbrüchlich festgehalten wird. (Bravo!)

Was auch unsere Verhandlungen ergeben werden, stets werden wir unser erhabenes Ziel, die Befreiung des Proletariats, die Befestigung der bürgerlichen Gesellschaft und die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaftsorganisation fest und unverrückbar im Auge behalten, und ich bitte Sie, dies auszusprechen, indem Sie zu Beginn unserer Verhandlungen mit mir einstimmen in den Ruf, der uns bisher geleitet hat und der uns weiter leiten und zu neuen Siegen führen wird: Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch das Proletariat aller Länder, sie leben hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

E

Auf Grund des § 9 letzter Absatz unserer Organisation, welcher lautet:

„Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst“ habe ich Sie nunmehr zu bitten, den Parteitag zu konstituieren, indem Sie das Bureau für den Parteitag ernennen und zunächst in die Wahl der Vorsitzenden eintreten.

Grothe-Halle schlägt vor, zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Klopß-Stuttgart und Singer-Berlin zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Durch Acclamation werden die beiden Genannten zu Vorsitzenden gewählt und nehmen die Wahl an.

Auf Vorschlag Grothe-Halle werden die Schriftführer durch Acclamation gewählt, und zwar sollen immer drei Schriftführer gleichzeitig fungieren, einer für die Rednerliste, zwei für das Protokoll. Für heute werden Geyer, Schmid und Blume auf das Bureau berufen.

Von der Parteileitung ist dem Parteitage die in Halle beschlossene Geschäftsordnung unterbreitet worden, die mit Rücksicht auf die Delegirtenzahl auf Vorschlag Singers eine Abänderung erfährt und schließlich in folgendem Wortlaut angenommen wurde:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitag muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8. Vor Schluß des Parteitags abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Außerdem ist zu der provisorischen Tagesordnung ein Antrag Tölcke eingegangen, wonach dieselbe in folgenden Punkten abgeändert werden soll: 1. Die Berathung über das Programm soll berjentigen über die Taktik vorangehen; 2. sofort nach der Mandatsprüfung soll eine Kommission aus 5 Mitgliedern niedergesetzt werden, welche alle Anträge und Beschwerden gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion u. s. w. zu prüfen und über das Ergebnis schleunigst Bericht zu erstatten hat; 3. diese Kommission, zu welcher Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung nicht gehören dürfen, hat sich sofort zu konstituiren und ihren Vorsitzenden durch das Bureau bekannt zu machen; 4. bis zur Berichterstattung der Kommission soll über die betreffenden Anträge, Beschwerden u. s. w. nicht verhandelt werden.

Zu Nr. 5 der Tagesordnung, Redezeit, beantragt Auerbach-Magdeburg, für die Punkte 1, 3a und 3b und 4 der provisorischen Tagesordnung je einen Referenten und Korreferenten mit gleicher Redezeit zu bestellen.

Läterow-Berlin kann nicht begreifen, was die Bestellung eines Korreferenten zu den angegebenen Punkten der Tagesordnung bedeuten soll. Ein Korreferent habe eventuell die direkte Gegenmeinung zum Ausdruck zu bringen. Solches sei aber doch nicht zu erwarten, wenn auch in letzter Zeit viel von einer Opposition die Rede gewesen. Diese sogenannte Opposition sei doch gar nicht ein so fester Begriff, daß Korreferenten nöthig würden. Jeder Parteigenosse sei je nach der Lage der Sache berechtigt und verpflichtet, Opposition zu machen; es werde durchaus demokratisch verfahren, wenn man die Berichterstatter höre und dann frei diskutire.

Werner-Teltow: Ich kann diese Auffassung nicht theilen. Wie soll man die vielleicht 1½ stündigen Ausführungen eines Referenten in 10 Minuten widerlegen können? Es ist Ihnen eine Broschüre vorgelegt worden: „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition.“ Es wäre unbedingt ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Sie auch Denen, die hierin angegriffen sind, das Wort zur Erwiderung geben.

Sailer-Lutenwalde ist mit dem Vorschlag Auerbach einverstanden und vertritt die Ansicht, daß man den Leuten von der Opposition die größte Redefreiheit gewähren soll, damit sie ihre

E

Anklagen gegen Fraktion und Parteileitung möglichst gründlich erörtern können.

Bebel: Wenn der Antragsteller erklärt hätte, daß er für notwendig hält, daß diejenigen unter uns, die hier mit ganz besonderen Anklagen, sei es gegen die Parteileitung oder den Parteivorstand oder einzelne Genossen, kommen wollen, zur Begründung längere Redezeit erhalten, so bin ich der erste, der dafür eintritt. Der vorige Parteitag in Halle hat hinlänglich gezeigt, daß er geneigt war, Berners Anklagen zu hören, er hat ihm die Redezeit auf das Doppelte und noch weiter verlängert. Wollen Sie das heute auch, dann wird Niemand dagegen sein. Einen Korreferenten im Sinne des Antrages zu wählen ist ja vielfach gar nicht möglich. Der Korreferent muß den Dingen persönlich nahe gestanden haben, und ich frage Auerbach, wie denn z. B. ein anderer als ein Vorstandsmitglied über die innere Thätigkeit der Parteileitung referiren soll. Das ist einfach ein Nonsens. Wenn Sie als Opponenten sprechen wollen, trete ich für Sie ein. Beim Punkte der parlamentarischen Thätigkeit, wo Rostenbuhner Referent ist, kann doch eben auch Niemand anders als ein Abgeordneter den Bericht erstatten. Wenn Sie einen Korreferenten ernannt haben wollen, so hat diesen die Majorität des Parteitages zu bestimmen und Sie (zu der Opposition) kommen wahrscheinlich nicht dazu! (Heiterkeit.) Als Ankläger aber sollen Sie möglichst Redefreiheit bekommen, in diesem Punkte haben die Erklärungen der Parteileitung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Bezüglich des Punktes der Parteitaktik habe ich bereits vor längerer Zeit Bollmar mitgetheilt, daß unter uns Einstimmigkeit besteht, daß sowohl ihm, der abweichende Ansichten geäußert hat, als einem Mitgliede der Opposition volle Redefreiheit gewährt werde. Furcht, Herr Auerbach, haben wir nicht. (Heiterkeit.) Wenn wir in diesem Sinne handeln, kann Niemand über Jülogalität des Kongresses sich beschweren. (Beifall.)

Grothe-Halle erinnert ebenfalls daran, daß man in Halle Werner die Redezeit von 20 auf 40 und 50 Minuten verlängert und geduldig seine Ausführungen angehört habe. Soviel Gerechtigkeit könne die Opposition vom Parteitage erwarten, daß ihrem Vertreter auch 60 Minuten gewährt werden, nur damit die Sache endlich einmal zu Grabe getragen werde.

Werner: Nach den Ausführungen Bebel's haben wir oder wenigstens ich keine Veranlassung, dieses Korreferat aufrecht zu erhalten, aber wenn wir als Ankläger auftreten sollen, wovon ich gar nichts weiß, so ist es besser, vorher die Redezeit festzustellen.

Auerbach: Die Erklärungen Bebel's genügen mir. Daß Sie keine Furcht haben, war unnöthig, scharf hervorzuheben. Die Situation ist geklärt. Ich habe diese Empfindung und ziehe deshalb meinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

E

Darauf wird zur Festsetzung der definitiven Tagesordnung übergegangen und nach dem Entwurf als Punkt 1 „Geschäftsbericht des Parteivorstandes“ angenommen.

Vorsitzender Singer: Ich möchte hierbei das Einverständnis des Parteitages darüber herbeiführen, daß bei Punkt 1, falls sich längere Ausführungen seitens der Opposition notwendig machen und die sich zur Opposition rechnenden Delegirten unter sich einen Redner bestimmen, diesem Redner dann dieselbe Redezeit wie dem Referenten gegeben werden soll. Ich darf als den Willen des Parteitages ansehen, daß er keine Neigung hat, Jedem, der sich als Mitglied der sog. Opposition bezeichnet, zu jedem Punkte unbeschränkte Redezeit zu geben. Ich konstatire das als die einstimmige Meinung des Parteitages.

Punkt 2 der provisorischen Tagesordnung: „Bericht der Kontrolleure“ wird ebenfalls bestätigt.

Der Antrag Böcke (s. o.) ist zurückgezogen.

Zu Punkt 3a und 3b der provisorischen Tagesordnung schlägt Debel vor, nach Erstattung der beiden Referate einerseits Vollmar und andererseits einen Redner der Opposition mit gleichem Rechte wie die Referenten sprechen zu lassen. Da die beiden Punkte nicht auseinandergelassen werden könnten, werde die Verhandlung zweckmäßig in dieser Form zu führen sein.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Die übrigen Punkte der provisorischen Tagesordnung werden gleichfalls acceptirt, und damit ist die Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages definitiv festgestellt.

Auf Vorschlag Förster wird die aus 9 Personen bestehende Mandatsprüfungskommission ebenfalls durch Akklamation gewählt: dieselbe tritt sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden, daß die Sitzungen des Parteitages von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags stattfinden. Eine etwaige Sonntagsitzung soll, den Ersteren Polizeivorschriften entsprechend, erst um 3 Uhr Nachmittags beginnen.

Schluß 8 Uhr.

### Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

#### Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgender Ansprache: Parteigenossen! Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes und die österreichischen Genossen Czermak und Keu-

E

mann. Ich heiße dieselben Namens des Parteitages herzlich willkommen und spreche den Wunsch aus, daß sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung in ihre Länder mitnehmen wollen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich stets ihrer internationalen Verpflichtungen bewußt bleiben wird und daß sie weiß, daß jeder Sieg, den sie in Deutschland erringt, gleichzeitig zu Gute kommt dem gesammten internationalen Proletariat; die deutsche Sozialdemokratie wird die Pflege und Förderung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stets als eine ihrer ersten Aufgaben und Pflichten betrachten. (Beifall!)

Eine große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist bei dem Bureau des Parteitages eingelaufen. Von einer wörtlichen Verlesung dieser Kundgebungen wird Abstand genommen.

Als Schriftführer fungiren in der heutigen Sitzung Frohme-Hamburg und Scholz-Berlin; die Rednerliste führt Dertel-Nürnberg.

#### Punkt 1 der Tagesordnung:

##### Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Kuer: Werthe Genossen! Der Parteivorstand hat es für das Richtigere gehalten, seinen Bericht den Genossen gedruckt zu unterbreiten. Sie haben gestern alle den Bericht erhalten, und wenn ich auch nicht sanguiniker genug bin, anzunehmen, daß Sie etwa alle denselben gelesen haben — das gestattete schon die Kürze der Zeit nicht, und außerdem lag noch ein anderes interessantes Aktenstück vor —, so darf ich doch annehmen, daß eine große Anzahl von Ihnen denselben gelesen hat. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen dasjenige mitzutheilen, was im Bericht nicht steht, was aber zur Erläuterung des einen oder anderen Punktes nothwendig erscheint.

Zunächst einige Mittheilungen über die Geschäftsordnung, wie sie sich der Parteivorstand selbst gegeben hat. Getreu den alten Traditionen der Parteileitung und im Interesse einer möglichst prompten und raschen Erledigung der Geschäfte, haben wir uns von vorneherein dahin verständigt, in der Woche regelmäßig zwei Sitzungen abzuhalten. Bei dem stetig wachsenden Umfang der Geschäfte sind jedoch sehr häufig auch drei, ja vier Sitzungen in der Woche abgehalten worden, und in der Regel wurde daran Theil gehalten, diejenigen Scripturen, Briefe, Einsendungen von Seiten der Genossen, welche in der betreffenden Sitzung erledigt wurden, dem Feuertode zu überliefern. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß umgekehrt auch die Genossen die Briefe, welche sie von Seiten der Parteileitung erhalten, nachdem sie von deren Inhalt Kenntniß genommen, ebenfalls vernichten. Diese Gewohnheit

E